

Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1,20 RM im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung und Versandstelle: Charlottenburg 1, Brahestraße 2-5. — Fernruf: Amt Wilhelm 5645 und 5647

Nummer 50

Berlin, den 15. Dezember 1928

3. Jahrgang

Personnel Management.

(Die Wissenschaft von der Personalbehandlung.)

Der Arbeiter galt lange Zeit in der Wissenschaft als „Ware“, eine Ansicht, die auch heute noch nicht völlig verschwunden ist, wie der schwedische Professor der Volkswirtschaftslehre Cassel und anderer deutscher Betriebswirtschaftler beweisen. Nur wurde mit wirklich Waren sorgfältiger umgegangen als mit der Ware Arbeitskraft. Schließlich haben auch bürgerliche Wissenschaftler und Unternehmer entdeckt, daß die „Ware Arbeitskraft“ an den Menschen gebunden ist. So wie es eine Warenkunde gibt, soll darum eine Personalkunde geschaffen werden, die den Unternehmer darüber belehrt, wie er seine Arbeiter und Angestellten zu behandeln hat, um den größtmöglichen Gewinn aus dem Betrieb herauszuholen.

Der Begriff „Personnel Management“, das heißt, die Behandlung der Arbeiter und Angestellten, stammt aus den Vereinigten Staaten, so wie etwa auch das Schlagwort „cervico“ — Dienst am Kunden. Auf der Suche nach Verursachern in der Industrie hat man dort auch die „seelische Störungen“ des Arbeiters entdeckt. Es gibt Forschungsstellen, die solche „seelische Störungen“ wie Streiks, freiwillige Feiern, starren Arbeiterwechsel u. a. statistisch beobachten und die daraus entstehenden finanziellen Verluste errechnen. Es sollen die Gründe für die Unzufriedenheit der Arbeiter erforscht und wenn möglich beseitigt werden. Dieses Verfahren hat mit Menschlichkeit nichts zu tun, sondern es entspringt, wie Butler, der stellvertretende Direktor des Internationalen Arbeitsamtes meinte, rein geschäftlichen Erwägungen.

Im Sommer dieses Jahres hat in Cambridge in England ein Kongreß der I.M.S., der Internationalen Vereinigung für Gestaltung der Arbeit in den Betrieben, stattgefunden, auf der die Beziehungen zwischen Arbeit und Kapital zur Erörterung standen. Dabei wurde übereinstimmend festgestellt, daß sich in fast allen Ländern mit fortgeschrittener Industrialisierung die Arbeiterschaft nicht mehr darauf beschränkt, über ihre soziale Lage Klarheit zu gewinnen, sondern verjüngt, Mitverantwortung in der Wirtschaft und im einzelnen Betriebe zu erringen. So wurde auf dem englischen Gewerkschaftskongreß in Gainsburg im Jahre 1927 das Stichwort „konstruktive Periode“ gegeben, auf dem Deutschen Gewerkschaftskongreß in Hamburg wurde die Forderung der Wirtschaftsdemokratie aufgestellt.

Die I.M.S. hat sich zur Aufgabe gemacht, ein wechselseitiges Vertrauen zwischen Unternehmer und Arbeitern herzustellen. Das Ergebnis ihres letzten Kongresses ist reichlich mager. Man mußte sich damit begnügen, die nötige „Vorbereitung“ einzuleiten.

Wie dieses Vertrauen hergestellt werden soll, verrät uns Dr. Studbers im „Deutschen Arbeitgeber“. „Es handelt sich bei dem Personnel Management um eine Angelegenheit zwischen Betriebsleitung und Belegschaft. Keineswegs werden die Gewerkschaften als Arbeitervertretungen durch diese Einrichtung verneint oder gar bekämpft. Ihre Bedeutung für die Werkspolitik tritt aber in demselben Maße zurück, in dem sich die Betriebsleitung um die Belegschaft bemüht. Mit der Propaganda des Personnel Management-Gedankens wird der Schwerpunkt des Interesses an der sozialen Lage der wertvollen Bevölkerung, der Schwerpunkt der Auseinandersetzung aber auch der Verständigung zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Unternehmern und Werksgeschäftigen in den Betrieb zurückverlegt.“

Damit hat Studbers die Lage aus dem Sad gelassen. Er will den Gewerkschaften gar nichts tun, er will sie nur langsam ermorden.

Studbers meint, daß infolge der wachsenden Machtstellung der Verbände die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Nachkriegszeit vernachlässigt, ja häufig zerstört worden seien. — Welche vertrauensvolle Beziehungen haben denn vor dem Krieg zwischen Arbeitern und Unternehmern bestanden?

Studbers täuscht sich auch, wenn er meint, daß die Gegenwirkungen der Unternehmer in Deutschland schwächer seien, als in anderen Ländern. Hat er das „Dinta“ ganz vergessen, das davon träumt, die Gewerkschaften auszuschließen zu können, und durch langsame, systematische Bückarbeit die Geschlossenheit der Arbeiterschaft untergraben will? Auch das „Dinta“ legt unter falscher Flagge. Es ist nämlich seinem Programm nach „neutral“ und durchaus nicht „gewerkschaftsfeindlich“. Auch die Werksgemeinschaftsbewegung, die der Arbeiterschaft einen Köder hinwirft, um sie an die Angel zu bekommen.

Die rücksichtslose Ablehnung aller solcher Anbiederungsversuche der Unternehmer ist sein Widerspruch mit der gewerkschaftlichen Forderung der Wirtschaftsdemokratie. Die Mitbeteiligung der Arbeiterschaft an der Wirtschaftsführung bedeutet keine Versöhnung mit den herrschenden Schichten, sondern ein Einbringen in ihr Herrschaftsgebiet, das nur mit ihrer völligen Verdrängung enden kann. Eine Verständigung zwischen Kapital und Arbeit ist nicht möglich, da das Kapital seiner Natur nach die Arbeit ausbeutet. Es gibt keinen Frieden mit dem Unrecht.

Wir nähern uns der Zeit, in der große Entscheidungskämpfe zwischen Kapital und Arbeit beginnen können. Das Unternehmertum steht sich darum gezwungen, nicht nur an Geschäfte zu denken, sondern auch etwas für die Erziehung der Arbeiterschaft zu tun. Diese Erziehung ist ungleichmäßig — meint Studbers — „aber es ist keine Frage, daß sie sich bezahlt macht“ — wenn die Arbeiter darauf hineinfallen. S. S.

Ein Kampf und seine Lehren.

Die Hüttenbetriebe in der Nordwestecke am Rhein und an der Ruhr arbeiten seit 3. Dezember wieder, aber man kann deshalb nicht sagen, daß der Kampf damit beendet ist. Die Entscheidung des Reichsgerichts steht noch aus und ein Lohnschlichtungsanspruch ist auch noch nicht vorhanden.

Wie bereits in der vorigen Nummer erwähnt wurde, ist die Angelegenheit auf einen Ausnahmeweg zur endgültigen Regelung geschoben worden. Die Rechtsprechung soll dadurch nicht berührt werden. Die Regelung ist so geplant, daß der Reichsinnenminister, Genosse Severing, die Sache zur Schlichtung übertragen bekam. Er übernahm sie unter der Bedingung, daß die Gewerkschaften und Arbeitgeber damit einverstanden sind und daß sofort die Betriebe geöffnet werden, ohne Rücksicht auf den zu fallenden Spruch. Das ist geschehen.

Die Begleitumstände, wie diese Regelung in die Wege geleitet wurde, haben allerdings zu berechtigter Kritik an dem Verhalten der sozialdemokratischen Regierungsmitglieder, besonders des Reichsfinanzministers Hermann Müller, Anlaß gegeben, aber man wird, wenn man ehrlich sein will, den Eindruck nicht los, als sei dies der einzige Ausweg gewesen, einen großen fühlbaren Wirtschaftsrückschlag zu unterbinden. Ein endgültiges Urteil läßt sich darüber freilich noch nicht fällen; denn es sind noch so große Schwierigkeiten mit den Dingen verknüpft, daß erst alle Auswirkungen und der Gesamtverlauf abgewartet werden müssen. Gegenwärtig spannt die gesamte Öffentlichkeit auf den Spruch Severings.

Es wäre nur zu wünschen, daß er die Hoffnungen der Arbeitermassen nicht trügt, und mit seiner Entscheidung keine Enttäuschungen hervorruft. Gelingt ihm eine tragbare Lösung für seine Metallarbeiterkollegen, dann ist auch zu hoffen, daß die Erschütterung des Schlichtungswezens und der Angriff der Industriellen auf die Staatsautorität sowie der Verlust der Unternehmer auf die Wirtschaftsentwicklung, mit der die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse verbunden ist, seine Rückschlüsse für die organisierte Arbeiterschaft bringt. Für die putzenden Hüttenunternehmer war bei diesem Vorstoß maßgebend: Taten einig werden. Das gilt nun um so mehr für Severing und für die Regierung.

Die Eisenindustriellen haben mit ihrer Tat nicht entschieden, daß nicht heute schon fest, mag der Spruch und das Urteil des Reichsarbeitsgerichts nun ausfallen, wie sie wollen. Sie erlitten eine Niederlage, denn sie haben trotz der vielen Unorganisierten die geteilte Organisationsmacht der Gewerkschaften nicht brechen können. Ihre Spekulation auf die wirtschaftlich wehrlosen Nichtorganisierten und auf die zersetzende Wirkung politischer Dolchschläger ist fehlgeschlagen. Das ist ein Vorteil für die organisierte Arbeiterschaft, der eigentlich nicht in dieser äußerst ungewissen Lage. Die Gewerkschaften haben eine Sturmflut an Verdächtigungen, an Gehässigkeit und Verleumdungen in diesem Kampf überstanden. Note haben, Werkvereinszeitungen und deutsche Vergewerks-Beitragungen leeren gemeinsam ihre Schmutzblätter über die Gewerkschaften aus, um die geschlossene Front der Arbeiter zu zermürben. Es ist den getrennt marschierenden aber vereint schlagenden links- und rechtsradikalen Feinden der Gewerkschaften, trotz größter Anstrengung nicht gelungen, in die abweichende Arbeiterschaft Bresche zu schlagen. Das ist gut so.

Die Ausperrung der Hüttenarbeiter zeigte wieder einmal mit aller Deutlichkeit, wie kraftvoll die Arbeiterschaft bestünde,

wenn sie ihre wirtschaftlichen Kämpfe einig und geschlossen zu führen vermöchte. Sehr viel Einsicht muß unter den Arbeitern und Arbeiterinnen noch Platz greifen, ehe sie die ihrer wirtschaftlichen Einheit innewohnende Kraft erkennen. Sehr viel Aufklärung und Schulung der arbeitenden Massen sind noch notwendig, ehe diese begreifen lernen, daß nicht Gefühl und Einbildung, Phrasen und Wortabfälligkeit, sondern Verstand, Einordnung und Zusammenfassen der Einzelkräfte zu einer zentralen Organisationsmacht die Machtfaktoren sind, um Entscheidungskämpfe zu führen. Sappentischen, Brotverteilungsstellen und Demonstrationen sind nur täuschende Hilfsmittel, festgefügte Organisationskräfte dagegen gestalten Macht, stetig wirkende Kraft, unüberwindliches Bollwerk, stürkter Rückhalt der strebenden Arbeiterschaft. Die Unternehmer haben den Wert der Organisation erkannt, die Arbeiter leider noch nicht so. Darin liegt ihre Schwäche. Sie zu überwinden, muß eine der wichtigsten Aufgaben der Arbeiterschaft sein.

Alles Reden, Diskutieren und Kritisieren, alles Schimpfen, Anklagen und Verleumdungen hilft der Arbeiterschaft nicht über die bestehenden Schwierigkeiten hinweg. Sie muß die Dinge erkennen, wie sie sind und nicht wie sie sein sollen. Das gebietet die Haltung und das Streben der Unternehmer. Der von ihnen unternommene Kampf in der Eisenindustrie mit dem Zweck, die vorwärtsstrebende Arbeiterschaft wirtschaftlich zurückzudrängen, ist von der Ereignisse wirtschaftlicher Machtpositionen zu verhindern, ist nicht etwa der einzige Angriff, den sie führen. Sie werden noch öfter vorstößen und noch manche Schwierigkeiten für die Wirtschaft und für den Staat heraufbeschwören. Das kann jedoch die organisierte Arbeiterschaft nicht von ihrem Bestreben abhalten, den Mißbrauch der Unternehmer mit der Arbeiterschaft einzudämmen. Die organisierten Arbeiter in Deutschland haben durch wirtschaftliche Taten schon genügend bewiesen, daß sie mit ihren Konjunkturgesellschaften und mit anderen Organisationen sowie in Gemeinden vorbildlich wirtschaftliche Aufgaben zu erledigen vermögen, diese Erfolge bestätigen den Arbeitern, daß sie mit ihren Bestrebungen auch weiterhin auf dem richtigen Wege sind.

Die Ausperrung in der Eisenindustrie verursachte nach den Schätzungen der Konjunkturforschungsstelle einen Lohnausfall von 40 Millionen RM. Dieser Verlust trifft gerade die Kreise, die den Eisenmagnaten Hilfsdienste leisten. Deshalb müssen gerade die mittlere und die kleine Wirtschaft in Verbindung mit der Arbeiterschaft dafür sorgen, daß das wirtschaftliche Vorrecht einiger Unternehmer gebrochen wird, weil es sich zum Schaden für Hunderttausende auswirkt, ja weil darunter das Volk und der Staat zu leiden haben. Volk und Staat können für die Dauer einen so gefährlichen Zustand nicht ertragen. Deshalb sollten nunmehr nach Abschluß dieser Aktion alle Arbeiterorganisationen und der Staat eine großzügige Aufklärungspropaganda im ganzen Reich entfalten, um mit Hilfe der öffentlichen Meinung jeden weiteren Mißbrauch nach dieser Richtung unmöglich zu machen und um Vorbereitungen zu treffen, die Diktatur einiger Wirtschaftsgewaltigen zu beseitigen.

Vorrecht muß nicht Vorrecht bleiben und Ueberlieferungen haben nicht für die Ewigkeit zu gelten. Änderungen sind notwendig und sie anzubahnen, dazu ist jetzt die günstigste Gelegenheit, Volk und Regierung dürfen sie nur nicht verpassen. R.

Am Rhein und an der Ruhr.

Der Kampf in der Hüttenindustrie ist für die gesamte deutsche Arbeiterschaft, auch für die im Organisationsgebiet des Metallarbeiterverbandes und des Keramischen Bundes beschäftigten Arbeiter von größter Bedeutung.

Es sind jetzt 5 Jahre her, daß dieselben Kreise „Rettungsdiener“ für die deutsche Wirtschaft leisten wollten. Damals wandten sie sich zunächst an die Besatzungs-Generale mit der Bitte, ihnen Unterstützung zu gewähren bei Wiedereinführung der vorkriegszeitlichen Arbeitszeit. Mit fetten Schultern waren sie zurückgewiesen worden. Dann hatten sie verjüngt, bei Wiederaufnahme der Betriebe die längere Arbeitszeit der Arbeiterschaft aufzuzwingen. Nach heftigem Gerede fanden die Unternehmer der nordwestlichen Gruppe Schlichtungsinstanzen und Regierungsstellen, die ihnen eine 40-stündige wöchentliche Arbeitszeit schenkten. Was der nordwestlichen Gruppe damals gewährt worden ist, beanspruchten auch alle anderen Arbeitgeber. Die Folge war, daß die Arbeiterschaft auch in unseren Industriezweigen, besonders in der Papiererzeugungs-Industrie, jahrelang unter der 12-stündigen Arbeitszeit zu leiden hatte. Leider war die gewerkschaftliche Organisation so geschwächt, daß ernsthafter Widerstand nicht geleistet werden konnte.

Nach in Hand mit der Einführung der verlängerten Arbeitszeit nahmen die Unternehmer eine Lohnkürzung vor, ohne Rücksicht auf die Existenzmöglichkeit der Arbeiterschaft. Von Woche zu Woche wurde das Einkommen des Arbeiters niedriger. In unseren Industriezweigen sank der tarifliche Lohn bis auf 40 und 41 % herunter. Einen „Entbehrungsfaktor“ müßte die Arbeiterschaft auf sich nehmen, war die Begründung der Unternehmer für ihr brutales Vorgehen. Es könnten nur 2/3 der vorkriegszeitlichen Reallohne gezahlt werden, so behaupteten sie, wenn die Reparationslasten ausgebracht werden sollten. Jeder Appell an ihre Vernunft verhallte erfolglos. Rücksichtslos nutzten sie ihre Macht aus.

Draußen nur gelang es, die Gewerkschaft im Westen Deutschlands wieder aufzubauen. Bald stellte sich heraus, daß jahrelange Aufklärungsarbeit nicht verheeren war. Immer mehr Arbeiterinnen und Arbeiter schlossen sich den Verbänden wieder an, trugen hierdurch mit dazu bei, daß der Einfluß der Gewerkschaften bei Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen wieder ein größerer wurde. Den Tarifbewegung zu Tarifbewegung war es möglich, allmählich eine Angleichung der Löhne an die

Lebenshaltungskosten zu erreichen, wenngleich auch heute noch im Westen in fast allen Industriezweigen Löhne gekürzt werden. Die niedrigen Löhne der Arbeiterinnen müssen, daß es ihnen nicht möglich war, ihre vorkriegszeitlichen Methoden wieder in Anwendung zu bringen. Verstummt sind die Stimmen, die damals in aller Öffentlichkeit das Ziel der Arbeiterverbände, die Gewerkschaften müßten zerstört werden, hinausposaunten. Vor der zunehmenden Macht der Organisationen mußten sie sich, wenn auch widerwillig, beugen. Im tiefen Busen keimten jedoch die geheimen Wünsche der Unternehmer fort. Uns können ihre heillosen Verneinungen, daß der Kampf sich nicht gegen die Gewerkschaften und gegen die staatlichen Schlichtungsstellen richten, nicht überzeugen. Mit Gewalt wollten die Unternehmer jegliche Lohnerböhung durchsetzen. Dr. Ing. Springorum, der Leiter des Reichs-Kongresses, gab in einem an die ausgesperrten Arbeiter per Post zugewandten Anschlag das Ziel des Kampfes in der nordwestlichen Gruppe mit folgenden Sätzen bekannt:

„Es muß endlich einmal begriffen werden, daß bei dieser Lage der verantwortungsbewusste Unternehmer es ablehnen muß, sich seine eigenen Schwierigkeiten durch Preis-erhöhung zu Lasten der Allgemeinheit vom Hals zu schaffen, denn es ist doch ganz klar, daß jede Lohnerböhung in der Eisenindustrie auch für andere Gewerbe und Betriebe das Signal gegeben hätte. Am nächsten Frühjahr laufen nämlich rund 60 Pro. der Tarifverträge ab, so daß Sie schon aus dieser einen Tatsache erleben können, welche Lohn- und Preis-erhöhungs-welle uns im nächsten Jahre bevorstehen würde.“

Und an einer anderen Stelle wird erklärt, daß aus diesem Gedankenansatz sich das Verhalten der Arbeitgeber in der nordwestlichen Gruppe zwangsläufig ergeben habe.

Alle weil im nächsten Frühjahr eine große Anzahl Tarifverträge gekündigt werden kann, und weil die Unternehmer in allen Industriezweigen Lohnerböhung zu befürchten haben, muß man in der nordwestlichen Gruppe zur Unterstützung. Es verheißt sich, daß die Arbeitgeber betonen, nur aus rein wirtschaftlichen Gründen gegen Lohnerböhung zu sein. Da, sie laien soarg, daß sie diesen Kampf im Interesse der Arbeiterschaft führen.

Die Unternehmer spielen ein unehrliches Spiel. Können sie höhere Löhne nicht zahlen, wie sie behaupten, dann brauchen sie nachdrücklich nicht zu dem brutalen Mittel der Ausperrung zu greifen. Sie hätten sich vor Preisverlusten schützen können, ohne Lohnsenkungen zahlen zu brauchen, wenn sie hierzu tatsächlich nicht in der Lage sind. Bei den Verhandlungen brauchen sie nur ihre Bücher nebst sämtlichen Unterlagen, Kalkulationen usw. vorzulegen, um den Gewerkschaften die Nachprüfung von der Unrentabilität der Betriebe zu ermöglichen. Gäßen die Gewerkschaften feststellen müssen, daß eine Lohnsenkung nicht fragbar ist, dann wären sie von sich aus dazu übergegangen, auf eine solche zu verzichten. Es ist wenig klug, zu behaupten, nicht zahlen zu können, wenn man sich ständig dagegen wehrt, die Preis- und Wirtschaftsverhältnisse nachprüfen zu lassen.

Die Unternehmer in allen Industriezweigen wollen keine höheren Löhne gewähren, während sich gegen jeden sozialen Fortschritt wollen nimmend unter allen Umständen einen Stillstand in der Entwicklung der letzten Jahre herbeiführen.

Das Vorgehen der Arbeitgeber der nordwestlichen Gruppe wird auch auf die Unternehmer in unseren Industriezweigen ansetzend wirken. Wir können uns mit den derzeitigen Löhnen nicht zufrieden geben. Es ist der Arbeiterschaft noch lange nicht möglich, sorglos zu leben. Noch immer ist Schmalhans Küchenmeister. Der Kampf in Nordwest zeigt mit größter Deutlichkeit, daß noch mehr wie bisher die Machtverhältnisse für die Lohnhöhe entscheidend sind. Daraus ergeben sich für unsere Mitgenossen dringende Konsequenzen.

Besonders im Westen Deutschlands muß sich unsere Kollegenchaft darüber klar werden, daß wir uns durch beschleunigte, intensive Verbearbeitung unsere Macht heutzutage können. Die in diesen Betrieben zu beobachtende Mutilkation muß überwunden werden. Alle unsere Mitglieder sind verpflichtet, angesichts des Vorgehens der Unternehmer in Nordwest, sich an der Verbearbeitung für den Verband zu beteiligen. Es kann nicht nur Aufgabe der Vertrauensleute sein, Agitation zu betreiben. Unsere Front muß gestärkt werden. Nur wenn alle noch abseits stehenden unorganisierten Arbeiterinnen und Arbeiter für den Verband gewonnen werden, können wir von vornherein die Wünsche der Unternehmer, die jeglichen Löhne zu stabilisieren, durchkreuzen. Heute mehr denn je sind Substragen Machtfragen. Streikeln wir unsere Macht, dann schaffen wir die Voraussetzungen für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen, die im Interesse der Lebenslage der Arbeiterschaft und zum Wohle der gesamten deutschen Wirtschaft notwendig sind. Str.

Dank der Genesenen.

Erstreck nicht liebe Leser dieser Zeilen. Wir haben genau von dieser Seite, die uns in dem von natürlichen Reizen so reichem bayerischen Walde im Verlaufe der letzten Monate so sehr betroffen hat. Mit großer Freimütigkeit haben unsere Vertreter in der Presse die Zustände, den Verlauf der Seuche, das Elend und die Armut der davon Betroffenen geschildert. Nun laßt auch uns, b. h. die Erkrankten, an dieser Stelle auch etwas sagen. Viele Worte sind nicht mehr notwendig.

An dieser Stelle sei herzlich gedankt dem Opfermut aller unserer Kollegen und Funktionäre, dem Hauptvorstande des Fabrikarbeiterverbandes in Hannover, den Arbeiterwohlfahrtsvereinen Regensburg, München, Frankfurt, sowie unserem Abgesandten Bagerer für die finanzielle Hilfe, die uns vor der bittersten Not bewahrte.

Ganz besonders aber drücken wir in warmem Danke die Bruderhand derjenigen Kollegen und Freunde, die sofort nach Ausbruch der Seuche aus freier Willensbestimmung sich zu einem Hilfskomitee in anseherungswilliger Treue zusammenschlossen, um die Hilfe zu organisieren. Edle Menschen fürwahr, die sich selbst nicht leiten ließen von dem Grundgeden der Gnugheißung, der wie folgt heißt: Man kann nicht allen helfen. Dabei helfen sie großzügig keinem. Nein, nach harter schweißiger Arbeit in der Fabrik begann erst der Dienst am Arbeitskollegen und seiner in Not geratenen Familie. Scherflein um Scherflein sammeln die Kollegen, um damit die Wunden zu decken, die bitterste Not geschnitten hatte. Wenn auch andere Menschen, die die Not und das Elend nicht kennen, ja noch nicht einmal anschauen sich getrauten, in ihrer Gnugheißung meinten, daß Hilfskomitee habe das Fickel beim Schwarz aufgejäumt, so sagen wir freimütig diesen Leuten:

Wahre Freunde nennt man solche, die das Böse fern und halten. Aber mit bedächtigem Sinne für der Freunde Wohl walten, das Verheimlich treu verbergen, nur das Gute laut verkünden, wenn es Zeit ist gerne helfen und im Unglück nicht verdrängen.

Nach diesen Worten haben unsere Freunde im Hilfskomitee gehandelt. Euch gereicht es zur Ehre, euch gebührt unser Dank. D. A.

Spielwaren-Industrie und Heimarbeitelohngesetz.

III.

In den Abhandlungen I. und II. vorstehenden Themas haben wir uns mit dem Syndikat des Verbandes der Thür. Spielwareninteressen über allgemeine Gesichtspunkte des Heimarbeitelohngesetzes auseinandergesetzt. Eine in Nr. 30 vom 15. November 1923 in der Zeitschrift "Der Spielwarenmarkt" erschienene Abhandlung zwingt uns, auch zu Einzelheiten dieses Gesetzes, insbesondere in Verbindung mit der Spielwaren- und Christbaumindustrie Stellung zu nehmen. Glöckner befaßt sich im erwähnten Artikel erneut mit dem Heimarbeitelohngesetz. Er stellt Betrachtungen an über den persönlichen Geltungsbereich und seiner Erweiterung, den Sprachbehörden und deren Aufgaben, und den Tarifbestimmungen. In diesen Betrachtungen lehnt sich der Verfasser vornehmlich an die Wirklichkeit der Interessen der Existenz sowie der Spielwaren- und Christbaumindustrie nicht unabweisbar bleiben dürfen und weil er in seinen vorstehenden Artikeln immer und immer wieder solche Gesichtspunkte in die Debatte wirft, so sollen hier nochmals unterstellt und berichtet werden.

Der persönliche Geltungsbereich zum Zwecke des Lohn- oder Tarifbestimmung wird durch den § 1 des Gesetzes bestimmt. Das Heimarbeitelohngesetz ist durch die §§ 18-19 in das Gewerbegebiet des Reichsgebietes einbezogen, in dem jemand unabhängig von seiner Familie, gehörigen Personen gewerblich beschäftigt oder eine oder mehrere Personen gewerbliche Arbeit verrichten, ohne von einem der Betriebbetreiber leitenden Arbeitgeber beschäftigt zu sein. Es kommen also hier nur gewerbliche Kleinbetriebe, Familienbetriebe oder Arbeitsstätten in Frage.

Wahrscheinlich die Novelle vom 27. Juni 1923 (Heimarbeitelohngesetz) des Reichspräsidenten die Verfügung zur Festsetzung von Mindestlöhnen übertragen wurde, war eine Erweiterung des persönlichen Geltungsbereiches des Heimarbeitelohngesetzes notwendig geworden. Das Gesetz in der Fassung vom 1. Dezember 1921 war lediglich die Grundlage zur Festsetzung von Mindestlöhnen und zwar zunächst nur für Fabrikarbeiter, Bergarbeiter und Eisenbahnarbeiter - in anderen Werkstätten der Hausindustrie und Heimarbeitelohngesetz, welche der Anwendung bei den Arbeitstätten betreffen. Das Gesetz ist durch den § 1 des Gesetzes vom 27. Juni 1923 auf Grund eines Arbeitsvertrages nicht beschäftigte

Der Erweiterung des Geltungsbereiches wird vom Gesetzgeber durch § 16 des Gesetzes Rechnung getragen. Nach ihm werden,

soweit ein Bedürfnis dazu vorhanden ist, sonstige Hausgewerbebetriebe und Hausgewerbetreibende, die den überwiegenden Teil ihres Verdienstes aus ihrer eigenen Arbeit am Stück beziehen, den Hausarbeitern gleichgestellt.

Bei der Erweiterung des Geltungsbereiches durch § 16 hat der Gesetzgeber auf das Wort "sonstige" Wert gelegt. Damit bringt er zum Ausdruck, daß der Personenkreis in der Hausindustrie, wie er in den Paragraphen 119 b GG, 162 RVO, und § 16 des Gesetzes zum Ausdruck kommt, zur Entgeltfestsetzung unter die Zuständigkeit der Reichsbehörden fallen soll.

Anderes vertritt Herr Staatsrat und Arbeitgeberbundführer Glöckner den nicht zu verkennenden Willen des Gesetzgebers z. T. anzulegen. Er schreibt, daß Hausarbeitelohnbetriebe dem G. H. unterliegen, darüber hinaus, sofern man sich mit dem Gesetz überaupt abfindet, Meinungsverschiedenheit nicht bestehen; aber daß Werkstätten, in denen eine oder mehrere Personen gewerbliche Arbeit verrichten, ohne von einem der Betriebbetreiber leitenden Arbeitgeber beschäftigt zu sein, auch unter das Gesetz fallen, damit könne man sich nicht abfinden. Hier sieht Glöckner überall einen selbständigen Gewerbebetriebe an der Spitze der Hausarbeitelohngesetz, der allerdings mitarbeitete.

Was will § 1, Ziffer 2 des Gesetzes, treffen? Doch nur Räume, in welchen Heimarbeiter einzeln oder in Gemeinschaft Arbeit verrichten. Gleichgültig ist dabei, ob der Raum gemietet oder unentgeltlich zur Verfügung gestellt ist. Solche Fälle von Werkstatteinrichtungen kommen in der Hausindustrie vor. Sie treten in Erscheinung entweder aus gesetzlichen Gründen oder wenn zur Ausführung einer Handarbeit (große Stickerarbeiten) mehrere Personen gleichzeitig notwendig sind. In der tatsächlichen Blumen-Industrie werden solche Arbeitsstätten von Unternehmern gefördert. Allerdings unterliegen dieselben dem Betriebsarbeitsrecht. In Thüringen, insbesondere der Spielwaren-Industrie, gibt es Werkstätten nach den Gesichtspunkten § 1 Ziffer 2 des Gesetzes kaum. Glöckner sieht in seiner Beurteilung deshalb falsch.

In seinen weiteren Betrachtungen vertritt Glöckner an einem Beispiel nachzuweisen, daß der Christbaumindustriemacher und der mit ihm auf eine Stufe stehende Spielwarenindustriemacher nicht unter den Schutz des Heimarbeitelohngesetzes fallen dürfen. Um es vorweg zu nehmen, die Beweisführung ist gänzlich vorbeiselig. Aber betrachten wir uns das Beispiel Glöckners einmal etwas näher. Er stellt folgende Frage: Welcher Unterschied besteht denn zwischen einem Hausgewerbebetriebe der Christbaumindustriemacher, der auf Grund eigener Muster in eigener Werkstatt mit eigenen und fremden Personen, die von ihm eingeholten Aufträge für einen oder mehrere Verleger ausführt und darüber auch Waren für den eigenen Versand herstellt und einem - z. B. - Schneidermeister, der für einen bestimmten Preis von Auftraggebern ihm stellenweise sogar gelieferten Stoffe zu Kleidungsstücken verarbeitet und daneben auch noch für Konfektionsgeschäfte tätig ist?

Sinngemäß fährt Glöckner dann fort: Der Schneidermeister ist sehr häufig viel schlechter daran als der Hausgewerbebetriebe, trotzdem denkt der Gesetzgeber aber gar nicht daran, ihn unter das Heimarbeitelohngesetz zu pressen. Er ist hinsichtlich seiner Preispolitik frei. Im Falle der Krankheit oder Invalidität ist er kaum versorgt, der Erwerbslosenversicherung untersteht er nicht. Es gibt genug Leute, die auf eine behördliche Zwangsregelung hinarbeiten. Das sind solche, die das Wesen des modernen Staates dahin deuten, daß es seine Hauptaufgabe ist, dem Einzelindividuum die Sorge abzunehmen. Derartige Anforderungen lauten dem wirklichen Volksstaatsbegriff lebensgefährlich entgegen.

Da haben wir die Beicherung! Weil gefordert ist, mit staatlichen Machtmitteln einer schrankenlosen Ausbeutung Einhalt zu gebieten und einer Industrie, in welcher in der Preispolitik Anarchie vorherrscht, durch Einhaltgebieten der schrankenlosen Ausbeutung gehalten werden soll, lauten diese Bestimmungen dem wirklichen Volksstaatsbegriff lebensgefährlich entgegen. - und das wird ausgedrückt von einem demokratischen Staatsrat zum Ausdruck gebracht.

Das G. zu einer solchen Schlussfolgerung kommen mußte, nimmt nicht Wunder. Das ist immer so, wenn bei Untersuchung wirtschaftlicher und sozialer Verhältnisse der Wirklichkeit Zwang ansetzt wird. Man braucht ja nur auf die in obestehenden Daten schlagwortartig hingeworfenen Sätze wie: "eigener Meister", "eigener Versand" und "von Hausgewerbebetriebe eingeholten Aufträge" hinzuweisen, um sofort zu erkennen, daß hier der Ton die Musik zu einem gewissen Zweck machen soll. Der Christbaumindustriemacher oder auch der Spielwarenindustriemacher oder auch der ihm gleichgestellte Spielwarenindustriemacher oder auch der ihm gleichgestellte Spielwarenindustriemacher erlitt weder Muster, noch holt er Aufträge herein, und er treibt auch keinen eigenen Versand. Das ist einwandfrei festzustellen! Eine folgende Abhandlung wird darüber Klarheit schaffen, insbesondere auch über das angeführte Beispiel vom Schneidermeister und Hausarbeiter. S. Glöckner.

Friedensgefallene -

Opfer des Schlachtfeldes der Arbeit.

Das kirchlich erschienene "Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich" enthält neben anderem auch wichtige Angaben über "gewalttame Sterbefälle". Danach starben in Deutschland im Jahre 1926:

durch Selbstmord	16 480
durch Verunglückung	23 384
durch Mord oder Totschlag	1 142
durch Hinrichtung	14 Personen.

Das sind insgesamt 41 400 Fälle gewalttamen Todes. Von allen Sterbefällen im Jahre 1926 geschah jeder achtzehnte auf gewalttame Art. Bei der Sterblichkeit der Erwachsenen ist es jeder sechzehnte; bei der Sterblichkeit der Männer jeder zehnte Fall. Diese Tatsachen geben zu denken! In die Augen fallend ist die große Zahl der durch Unfälle Fälle Getöteten. Die meisten der Verunglückten waren Opfer der Berufsarbeit. Sie starben also auf dem Schlachtfelde der Arbeit. Aber auch die übrigen Ziffern sind bedeutungsvoll. Läßt man die Kindersterblichkeit außer Betracht, so endete etwa jeder 35. durch eigene Hand. Bei den Selbstmordfällen betrafen 11 846 das männliche und 4634 das weibliche Geschlecht. Von der Gesamtsterblichkeit der Männer entfällt der 24., in Berlin der 15. Teil auf Selbstmord. Wieviel Not, Jammer und Elend mag sich hinter diesen Zahlen verbergen?

Sie säen nicht und ernten doch.

Nach der amtlichen Statistik über den Stand der Tarifverträge vom Jahre 1926 sind in 7400 Tarifverträgen, die sich auf 807 300 Betriebe mit 10 970 120 beschäftigten Personen erstrecken, die Löhne und Arbeitsbedingungen geregelt worden. Den drei gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen gehören nur 6,3 Millionen Personen an. Ein riesiger Teil von 4,6 Millionen ist also tariflos. Ein empörender Zustand! Aus ihm kann nur die eine Lehre und Konsequenz gezogen werden, daß überall in den Betrieben Klustri viel schärfer als bisher der Zweck des Indifferentismus, der nichts opfert und nur einreden will, zu Leibe gerückt werden muß.

Aufstieg eines Arbeiterunternehmens.

Die Volksfürsorge, gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungs-Mittelgesellschaft, die in allen Teilen Deutschlands Rechnungstellen unterhält und in sämtlichen größeren Orten vertreten ist, konnte im Oktober d. J. in Bezug auf ihren Auftragseingang das bisher beste Resultat erzielen, kamen hoch in diesem Monat nahezu 55 000 Versicherungsanträge herein. In den zehn Monaten des Jahres 1925 sind insgesamt 452 507 Anträge zur Volks- und Lebensversicherung mit 206 Mill. RM. Versicherungssumme gestellt worden.

25 Jahre Berliner Glasbläsersektion.

Unter den schwierigsten Verhältnissen gründeten Ende 1903 einige Glasbläser ihre eigene Sektion in Berlin. Es waren ihnen dabei auch gewerkschaftlich vertraute Kollegen von der zuständigen Organisation, vom Zentralverband der Glasarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands, beihilflich.

Die Berliner Glasbläsersektion kann also gegenwärtig auf ihr 25jähriges Bestehen zurückblicken. In der Vielteiligkeit und Eigenart dieses Berufes gestaltete sich die Agitation in den Anfängen der Gründung sehr schwierig. Zum Glasbläserberuf gehört die Glasinstrumentenindustrie, die Thermometerindustrie, die Glühlampenindustrie, die Montagenetze, Nisterröhren, Leuchtstrahlen-Moore-Licht, die Radio- und die Gleichrichterindustrie.

In all den oben aufgeführten Industriezweigen spielt der Glasbläserberuf eine entscheidende Rolle.

In der Glühlampen-, Nisterröhren- und Radioindustrie werden auch Frauen und Mädchen beschäftigt, das ist bei den anderen Industriezweigen nicht der Fall.

In den vier Jahren des vorigen Jahrhunderts war der Glasbläserberuf in Berlin erst wenig in Erscheinung getreten. Einige Kleinbetriebe, die damals in Frage kamen, beschäftigten höchstens 3 bis 4 Glasbläser zur Herstellung von Glasinstrumenten für analytische Zweck und Thermometer aller Art. In diesen Kleinbetrieben bestand zwischen Handwerksmeistern und Gesellen ein ausgesprochenes Verhältnis, so daß damals noch keine Bewegung bei den Glasbläsern bestand, sich der freien Gewerkschaftsbewegung anzuschließen. Erst mit der Einführung der Glühlampe und deren späterer Entwicklung kam es zu einem Wandel in Berlin zur Geltung. Die Herstellung der Glühlampe geschah damals lediglich von Glasbläsern.

Man mox die letztzeitigen Umstände in Betracht zieht, wird es klar werden, daß eine gewalttame Arbeit geleistet werden mußte, um die Interessen der Arbeitergruppen der freien Gewerkschaftsbewegung zu führen.

Im Jahre 1900 kamen einige Glasbläser aus Hertenwalde an der Spree nach Berlin, um mit noch einigen Glasbläsern die Agitation unter den Glasbläsern in die Hand zu nehmen. Von Glasbläserbewegung zu Glasbläserbewegung wurde die Agitation als Leberzeugungstreue von wenigen Kollegen betrieben.

Wenn bei der ersten Agitation auch ein kleiner Erfolg zu verzeichnen war, so konnte aber bald darauf schiefsteht werden, doch er nur von kurzer Dauer gewesen ist. Die ersten Versuche misglückten also. Ein gewisser Dünkel hatte damals den Glasbläsern noch an.

Mit der technischen Entwicklung in der Glühlampenindustrie und mit Einführung der Maschine zur Herstellung von Glühlampen trat bei den Glasbläsern allmählich eine Wendung ein. Vorhanden und sonstige Verschlechterungen im Arbeitenselbst bekamen die Kollegen an weiblichen Frauen und Mädchen wurden zur Herstellung von Glühlampen angelernt, die für wenig Geld arbeiten mußten, um den Glasbläser dann später aus diesem Berufsweg zu verdrängen. Diese Situation überhörend, unternahm im November 1908 wiederum einige Glasbläser und Glasbläser einen energischen Schritt zum den Autonomieklub der Glasbläser und -bläserinnen herbeizuführen.

Ende des Jahres 1903 wurde dann im Lokal des Kollegen Kauffeld in der Markussstraße 47 zur Gründung der Sektion geschritten.

Zur Sektionsleitung gehörten damals die Kollegen Carl Zimmermann, Apparatschläger, Grimm, Apparatschläger, Neelter, Glühlampenfabrik. Ihnen stellten sich eine Anzahl Kollegen zur Verfügung, die die Agitation in verwickeltem Tempo in die Hand nahmen.

Anfang Dezember 1903 war bereits im Qualischen Garten die erste öffentliche Versammlung aller Glasbläser und -bläserinnen. Kollege Emil Gierbig hielt in der ersten Versammlung das Referat und sprach über Zweck und Nutzen der Organisation. Der Kollege Gierbig trug auch später mit dem Vorstand des Verbandes zusammen sehr viel dazu bei, daß das Werk des Zusammenschlusses der Glasbläser und -bläserinnen gelingen konnte.

Schon in den ersten zwei Jahren mühevoller Arbeit konnten in der Glasbläsersektion 200 Mitglieder gewonnen werden. Im Jahre 1905 haben wir bereits ein fastliches Gebilde. Vier Jahre später wurde vom Kollegen Theodor Breiter der Versuch unternommen, das mit vieler Mühe aufgebauete Gebäude wieder zu zerbrechen. Aus Verärgerung über recht belanglose Dinge, ist er auf den dummen Gedanken gekommen, mit anderen Kollegen zusammen eine Glasbläservereinsgruppe (Kokalorganisation) à la Wienenthal zu gründen. Gelungen ist ihm sein Vorhaben nicht! Die Kollegen D. Grünzel, Otto Necht und Alex. Hammermann konnten den Kollegen Breiter davon überzeugen, daß keine Doppelstrategie falsch war. Breiter stellte bald danach seine Unfähigkeit ein. Es ist verständlich und bearezlich, daß es nun damals in den Reihen der Kollegen hatte Aussehen über verschiedene Dinge gegeben hat.

Im Jahre 1906 mußte auch wieder zur Wahl einer neuen Sektionsleitung geschritten werden. Bestimmt wurden die Kollegen Wilhelm Roth, Vorsitzender; Neelter, Schriftführer; Adolf Henn, Kassierer, und Hermann Brunzel als Revisor.

Größte Arbeit mußte geleistet werden, so daß in den verantwortlichen Stellen sehr oft ein Wechsel eintrat. Wir haben später den Kollegen Grünzel als Vorsitzenden, dann den Kollegen Hermann Bachmann, auch der Kollege Otto Necht befreit die vielen Stellen eine ganze Zeit. Dann übernahm die Kollegen Alex. Zimmermann, Carl Gräber, Albert Breiter, Max Hoffmann. Später übernahmen den Kassierereposten die Kollegen Kofe, Fritz Bachmann und Duos Müller. Der Kassierer hatte eine besondere Funktion zu erfüllen. Neben Sonnabend von 7 bis 10 Uhr mußte er im Verlehrslokal anwesend sein, um die Beiträge von den Mitgliedsbläsern aus den Betrieben entgegenzunehmen und die Mitgliedsbücher in Ordnung zu bringen.

Das Verlehrslokal war ein in der Markussstraße 47. Der Kollege Kauffeld übernahm der Kollege Paul Weiler bis zu seinem Tode im Jahre 1910 das Lokal. Danach wurde das Verlehrslokal nach der neuen Fassung 27 in dem Kollegen Otto Schann verlegt. In diesem Lokal fanden dann die gemeinsamen Ortsverwaltungssitzungen, Vertrauensmännerversammlungen und die Mäitierung der Beiträge statt. Auch hatte der Kollege Schann die Verwaltung des Arbeitsnachweises für die Glasbläserbranche übernommen, so daß sich das Zusammenarbeiten

Leben unter den Mitgliedern abspielte. Bei diesen Zusammen-

künften ließ sich besonders Gelegenheit, die Solidarität und das

Zusammengedrängtegefühl zu stärken und zu pflegen. Seit der

Gründung der Sektion bis zum Jahre 1905 verfügte die Sektion

über 200 Mitglieder, deren Zahl dann von Jahr zu Jahr

stieg, bis die Sektion im Jahre 1914, also bis zum Ausbruch

des Krieges, die Mitgliederzahl über 1000 erreicht hatte.

Im Jahre 1904 führten die Kolleginnen und Kollegen bei der

Firma Siemens & Halske den ersten Kampf mit Erfolg. Im

gleichen Jahre konnten durch Streik bei der Firma A.G. Ver-

schlechterungen im Arbeitsverhältnis abgewehrt werden. Im

Jahre 1907 mußten Differenzen bei der Firma Krüger & Fried-

berg ausgetragen werden. Diese Herren waren auf die Organi-

sation besonders schlecht gestimmt. Wegen angeblicher Aufhebung

ihrer Arbeiter im Betriebe wurde am Weihnachtsabend, also am

Fest der Liebe, wie man so sagt, der Vertrauensmann gewalt-

regelt. Garne Auseinandersetzungen hat es zwischen der Firma

zu können, daß man ihnen möglichst schlecht bezahlte Arbeit gibt,

um sie durch Verdienstminderung zu strafen. Wahrscheinlich

erblickten manche Arbeitgeber darin das Mittel zur angeblichen

Wahrung des Wirtschaftsfriedens. Mit aller Deutlichkeit

ist in den verschiedenen Versammlungen der Delegierten

wie auch bei den Betriebsräte- und Funktorkonferenzen zum

Ausdruck gekommen, daß derartige Maßnahmen nicht nur

schärfste Verurteilung und Zurückweisung finden, sondern

jedem einzelnen Kollegen mit aller Deutlichkeit den Weg zeigen,

welchen er zum Schutze seiner Rechte zu gehen hat. Stärken

wir deshalb unsere Organisation, bauen wir sie zu einem

festen Schutz- und Trugbündnis zur Wahrung unserer Interessen,

der Sicherung einer menschenwürdigen Existenz, aus. pl.

Seit drei Wochen stehen die Kristallglasfleißer der Kristall-

glaswerke G. m. b. H. Schreibendorf, Niedengebirge, in einem

Abwehrkampf. Die Firma versucht rücksichtslos, sich über

den bestehenden Tarif hinwegzusetzen. Durch Einziehung

des Lohnsystems soll ein ganz erheblicher Preisabbau der

Werkstücke durchgeföhrt werden. Auch will man bei dieser

Gelegenheit einmal mit den lästigen Betriebsräten und der

Gewerkschaft im Betriebe gründlich aufräumen. Vereinzelt

daraußin, außer einem, ihre Kündigung ein und traten mit in

den Kampf ein. Leider hat sich bei dieser Firma ein neues

Schäfschen des Unternehmers gefunden. Es ist der Schweizer

Joseph A. J. der, ein Nachfolger, der der Firma die Hand

gereicht hat und den Kollegen in den Rücken gefallen ist. Das Verhalten dieses

Menschen kann nicht scharf genug getrandmarkt werden. Die

Kollegen werden die Konsequenzen ziehen. Daß die Firma

an billigen Kräften hat, entl. auch sogar gewillt ist, weibliche

Kräfte ans Schrottrad zu setzen; nur um ihr Vorhaben

eines Preisabbaues durchzuführen, hat sie der Arbeiterschaft

deutlich genug zu verstehen gegeben. In einem

Mündschreiben an die Eltern der Lehrlinge und Schülern

am hiesigen Orte sucht die Firma Stimmung zu machen

für ihre neuen Arbeitsmethoden, indem sie versichert, die

traurige wirtschaftliche Lage zu heben und das Wohl der

heranwachsenden Jugend (Gehtilfen und Lehrlinge) zu

fördern. Bei Arbeitsaufnahme derselben wird

Vohnerhöhung zugesichert. Mit Speck fängt man

Mäuse. Wenn sich die Firma schon so geizig gegen

Betriebsmittelstellungen vorzunehmen und so rationalisieren,

dann darf diese Rationalisierung nicht immer auf Kosten der

Arbeitslöhne gehen.

Steingutspülwaren-Industrie.

Die Steingutspülwaren-Industrie ist der jüngste

Zweig der feinkeramischen Industrie. Man kann sagen, sie

entwickelte sich eigentlich erst seit 1900. Sie steht also in der

Mitte und entwickelt sich finanziell so günstig, daß man sie

als den besten Zweig der feinkeramischen Industrie bezeichnen

kann. Die Steingutspülwaren-Industrie ist nicht umfangreich.

Wir haben in Deutschland die Steingutwerke A. G. in

Breslau mit Betrieben in Breslau und Carlswitz, die

Steingutfabrik Schwarzwald in Hornberg, Christian

Carlson's, Fabrik sanitärer Porzellanwaren und

Wasserleitungsartikel in Weiskirchen in Weiskirchen und

Greußen, die Firma Villeroy & Boch mit Werken in

Dresden, Bonn und Wallerfangen und die "Keramag"

mit Fabriken in Wessell, Ratingen und Kersheim.

plagen, wie sich abwürgen und abhezen, um als Zeittöhner

wie bei Carlsons in Greußen z. B. den Mindeststundenlohn zu

erhalten, oder wie bei den Steingutwerken A. G. in Breslau

einer Großfabrik — für nicht allzuviel mehr seine Tätigkeit

zu verrichten, dabei müßte jeder Spülwarenarbeiter seiner

Leistung entsprechend mindestens einen Stundenlohn von 1,50

bis 2,- RM erreichen. Es ist eine Schande für die gering

zahlenden Spülwarenindustriellen, einen Teil ihrer Leute

bei so anstrengender Tätigkeit niedrig zu entlohnen.

Hoffentlich kommt es noch so weit, kühnig zahlende

Arbeitgeber, die ihre volkswirtschaftliche Pflicht so

vernachlässigen, genau so zu entlohnen wie ihre Arbeiter.

Die in der Spülwarenindustrie beschäftigten Arbeiter

sind verpflichtet, die Verdienste der Fabrikanten zu beachten

Betriebsstillegungen in der Glaser Glasindustrie geplant.

Das Jahr 1928 kann für die Glaser Glasindustrie als ein

„schwarzes Jahr“ bezeichnet werden. Inzwischen und

Zulassung waren fast das ganze Jahr zu verzeichnen und

schlecht das fast einen Ausstoß bringende Weihnachtsgeschäft

verursachte eine frühe Beschleunigung der Produktion nicht

herbeizuföhren. Wohl konnten die vorhandenen

Arbeitskräfte ihre Kapazität ausnützen, von einem

starken Geschäftsgang kann jedoch in den meisten

Betrieben nicht gesprochen werden. Die allgemeine

Wirtschaftslage wirkt sich besonders in einer

Industrie aus, die überwiegend Rundartikel herstellt.

Auch der Einzelverkauf der ungelagerten

Wirtschaftslage im Westen Deutschlands her-

ausgewickelt und es sind in verschiedenen Betrieben

bereits Abstellungen zu verzeichnen. Noch weniger

günstig sind die Aussichten für die Zeit nach

Weihnachten. Von den meisten größeren Betrieben in

der Umgebung der Stillelegung beim Neckerwerks-

betriebe erfolgt. Es soll sich nach den Aussagen der

„Verfahren“-Maßnahmen handeln. Für den

Neckerwerk besteht die Verhältnisse besteht kein

Zweifel, daß für einige Zeit tatsächlich mit der

Stillelegung wesentlicher Betriebsanteile zu rechnen

ist. Damit stehen aber für unsere Kollegen in

ihren Reihen bevor. Nur wenigen war die

Möglichkeit in diesem Jahre abzugeben, durcharbeiten

und sich eine kleine Reserve für diese Zeiten

heben zu können. Die betroffenen Bestrebungen

der Arbeitgeber, möglichst billige Arbeiter auf den

Markt zu bringen — billig natürlich auf Kosten

des Arbeitnehmers —, nahm selbst den in Arbeit

stehenden die Möglichkeit, einen Verdienst zu

erzielen, der mehr als das gerade zum Leben

notwendige abgeben hätte. Am besten trifft dies

in Unternehmen wenn Kollegen ihren Arbeitslohn

wecken und wegen vorhandener Schulden die

Werkzeuge einfach beschlagnahmt werden. Erst

ist eine entsprechende Abwehr der Lohnverle-

derungen, selbst die Arbeiterschaft die Benutzung

von Werkzeu und fordert eine Arbeitsausgabe,

die eine volle Ausnutzung der

schon vorhandenen Arbeitskräfte, so weit es

möglich ist, zu bewerkstelligen werden müssen.

Selten war eine derartige Anzahl von

Werkzeugen, als in diesem Jahre. Andere

glaubt man dadurch treffen

zu können, daß man ihnen möglichst

schlecht bezahlte Arbeit gibt, um sie

Christliche Agitationsmethoden.

Der „Marktrebiger Anzeiger“, ein neu erschienenes Totalblatt, schreibt in seiner ersten Nummer über eine Versammlung der katholischen Arbeitervereine und der Christlichen Gewerkschaften in Konnersreuth (ausgerechnet Konnersreuth!) folgendes:

Kaplan Selbmann-Arzberg schilderte die schwierige Arbeitslage der Industrie Oberfrankens, überall gewisse Krisenstimmung, es scheint unter der Aera Wiffel nur alles Geschwätz zum Durchbruch kommen, während der Zentrumsmittler Brauns doch immer wieder die Fäker und Dögel der Wirtschaftswirtschaften zu einem pöste.

Welche Industrie Oberfrankens meint denn der Herr Kaplan, der in Arzberg seinen Sitz hat? Etwa die feinkeramische Industrie in und um Arzberg? Etwa die feinkeramische Industrie in Schirnding, die dort in den letzten Monaten ihre Ofenfabrik, die sie jede Woche abbrennt, von 6 auf 11 gesteigert hat? Oder die feinkeramische Industrie in Marktrebighaus oder Selb? Der Herr Kaplan kennt doch das Erbgrübnis, das jetzt in Arzberg auf dem Friedhof gebaut wird. Das zeugt nicht von einem schlechten pekuniären Stand der oberfränkischen Industrie.

Diese Ausführungen konnte der Herr Kaplan in Konnersreuth — aber auch nur in Konnersreuth — machen.

Die „Grenz-Zeitung“ in Waldsassen bringt eine Notiz, in der bemerkt wird, daß die christl. Gewerkschaft, der Berufsverband deutscher Keramarbeiter, einen glänzenden Erfolg errungen habe. Wenn man die Notiz weiter verfolgt, erfährt man, daß die christliche Gewerkschaft hofft, daß die Verordnung über die Unterfertigung der Staublunge bei Porzellanarbeitern unter die zu entscheidenden Berufskrankheiten noch in diesem Jahre erlassen wird. Das ist alles. Man muß sagen, beschädnender kann man nicht mehr sein. Daß die christliche Organisation für sich an Anspruch nimmt, allein diesen Erfolg errungen zu haben, setzt allerdings nicht von Verschidenheit.

Unsere Mitglieder wollen wir bei dieser Gelegenheit belohnt geben, wenn die Verordnung erlassen wird, wir ihnen schon Kenntnis von den Dingen geben werden. Uns zu brüsten damit, daß die Organisation ihre Pflicht gegenüber den Mitgliedern getan hat, lehnen wir ab; das ist eine Selbstverständlichkeit. Die freien Gewerkschaften arbeiten täglich und stündlich für das Wohl der Arbeiterschaft. Dieses noch zu betonen, ist überflüssig, und daran ändert auch die Reklame, die die christliche Gewerkschaft glaubt machen zu müssen, nichts.

Annaburg.

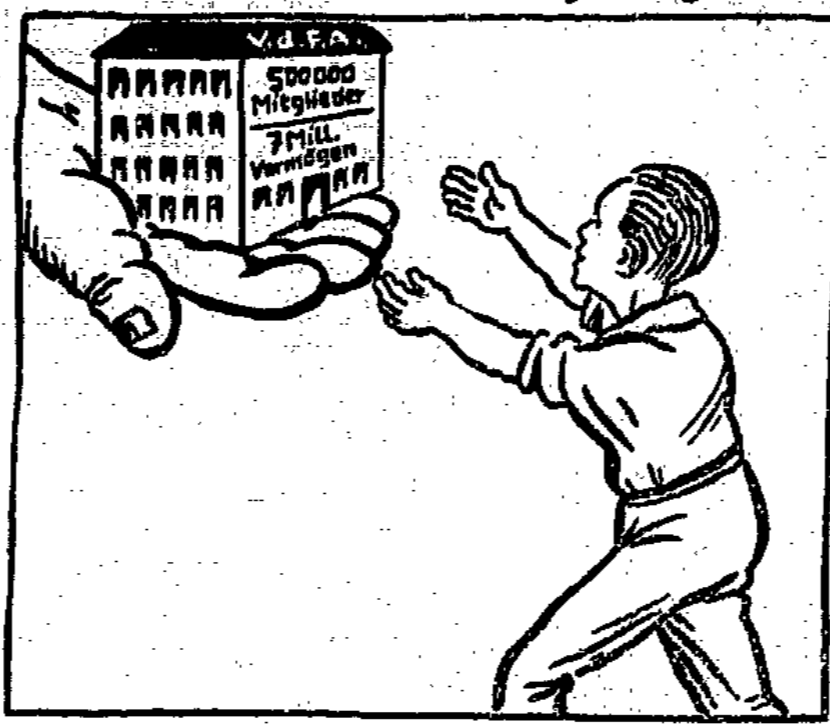
Es gibt gewisse Leute, die sich auf irgendeine Weise einen Namen machen wollen. Zu dieser Art gehört auch der jetzige Geschäftsführer der Annaburger Steinart A. G., Herr Dr. Hans Matusch. Seine Qualifikation als technischer Leiter ist ja hinreichend bekannt. Die Fähigkeiten, die er außerdem noch mitbringt, sollen heute einmal etwas näher beleuchtet werden. Das Märchen von dem produktionschädigenden Verhalten der Arbeiter hat an Zugkraft verloren. Zwar sind eine ganze Anzahl sogenannter Kontrollleure angeestellt, es können aber auch diese trotz der Lupe nichts finden, was der Arbeiterschaft nachschaden kann. Hat macht erfinden. So geht es auch wiederum Dr. Matusch, er hat wieder ein Gebiet gefunden, wo er sich, wahrscheinlich aber auch erfolglos, beschäftigen kann. Hat jeden Abend, wenn die Arbeiter aus der Fabrik kommen, nachschaut er am Ausgang auf und ab und wacht mit Argusaugen, daß niemand in Verführung geraten soll, etwas von dem Qualitäts-Steinartgeheimnis mitzunehmen. Natürlich werden bei dieser Gelegenheit immer eine Anzahl Arbeiter und Arbeiterinnen zur Selbstkritik abkommandiert. Wir glauben, daß auch diese trotz der Lupe nichts finden, was der Arbeiterschaft schaden könnte, ein Ende nehmen muß. Es wird er sich in mehrere Zeiten als Richter anstellen? Wir kennen Leute, die den Arbeitern täglich einen Teil ihrer geleisteten Werte vorhalten. Ist das gerecht? Hat das mit Ehrlichkeit etwas zu tun? Vielleicht kommt die Zeit, in der mit diesem Unrecht aufgeräumt wird.

Schwarzenhammer.

Betriebsleitungen, die sich nicht zu helfen wissen, ihren Betrieb eigenmächtig rentabel zu gestalten oder solche, denen der Betrieb die Arbeit zu schwer wird, greifen zu dem einfachsten Mittel, die Arbeiter die Löhne zu kürzen. Das bringt der Firma etwas ein und dazu bedarf es nicht langer Ueberlegungen.

Herr Schumann von der Firma Porzellanfabrik in Schwarzenhammer bei Selb hatte es sich auch recht bequem gemacht, zu einem größeren Profit herauszukommen. Er hat die Betriebsleitung bei der Regierung angemeldet, diese mit Mangel an Arbeitskräften begründet und den Betrieb, in dem 35 Personen beschäftigt waren, kurzerhand stillgelegt. So etwas ist heute im deutschen Reich noch möglich. — Nach ein paar Tagen schon wurde Herr Schumann seine Fabrikkare wieder auf und lud die Arbeiter ein, in seinem Paradies weiter zu frönen. Aber jetzt kommt der Herbst; nicht mehr zu der seiner Meinung nach einen Wohlleben während der Löhne, sondern zu Löhnen, die für die Arbeiterschaft zu gering sind und ausreißend hält, die die Arbeiter zu Protesten nieder und als die bisherigen. Dabei hat sich Herr Schumann gar nicht die technischen Bestimmungen zu merken, die alle Porzellanfabriken in Deutschland und die von der Organisation, des Arbeitgeberverband der Deutschen feinkeramischen Industrie, abgeschlossen sind. Daß die Stückpreise durch Vereinbarung zustande kommen können, ist Herr Schumann völlig gleichgültig; er ist nicht von einem Tarifbruch nicht zurück. Das sind sonderbare Methoden, die ein Arbeitgeber, der dem Arbeitgeberverband angehört, anwenden darf. Nicht ganz richtig ist an dieser Stelle und vor allem an der Stelle, wo Herr Schumann die neue Syndikats des Arbeit-

Zeichnungen nach Faust-Zitaten.



Was du ererbt von deinen Vätern hast!



Denn was man schwarz auf weiß besitzt, kann man getrost nach Hause tragen.

geberverbandes für Oberfranken, Herr Rechtsanwalt Leebmann, zu sein, der von Thüringen aus die bayerischen Belange wahr.

Die Arbeiterschaft hat jedoch nicht Lust, so mit sich spielen zu lassen. Deswegen lehnten die Dreher ab, zu den von der Firma diktierten Stückpreisen die Arbeit anzunehmen. Prompt wandte sich Herr Schumann an die Erwerbslosenfürsorge und reichte an den Arbeitern, die für ihre tarifwidrigen Rechte eingetreten sind, die Erwerbslosenunterstützung zu entziehen, sie also dem Hunger auszuliefern und für die Pflichten des Herrn Schumann anfällig zu machen. Die Organisation kann diese Kampfanzeige nicht ohne Gegenaktion über sich ergehen lassen. Deswegen wird in dem Betrieb Schumann & Schneider in Schwarzenhammer gestreikt, und obendrein über ihn die Sperre verhängt.

Alle Arbeiter, denen etwa von der Firma ein Angebot gemacht wird, müssen die Arbeit ablehnen. Zugang ist fernzuhalten! Nur die Solidarität der Arbeiter kann Herrn Schumann von seinem Beginnen abbringen und befehlen.

Wir veröffentlichen nach diesem unbedingten Vorgehen der genannten Firma deren Preisliste. Daraus kann die Öffentlichkeit ersehen, daß Schumann Preise für seine Erzeugnisse verlangt, die ganz horrend sind. Wir werden die Preise in der nächsten Nummer noch näher beleuchten.

Schumann & Schneider, Porzellanfabrik G. m. b. H., Schwarzenhammer.

Preisliste Serie York-Debor L. 278.

Dieserbar in 7 Farben, und zwar: a) Marmorpurpur, b) hellgrün, c) hellblau, d) rosa, e) eichel, f) dunkelblau, g) brillantrot		
See- oder Kaffeekanne	9,50 RM	per Stück
Zuckerdose	8,— RM	per Stück
Gießer	8,60 RM	per Stück
Tassen, Gr. 1, dünn	35,— RM	per Duzend
Tassen, Gr. 1, halbstark	32,— RM	per Duzend
Kaffatassen, halbstark	21,— RM	per Duzend
Kaffatassen, dünn	23,— RM	per Duzend
Ruchenteller, 28 cm	5,— RM	per Stück
Ruchenteller, 26 cm	3,50 RM	per Stück
Platten, 32 cm, rund	7,25 RM	per Stück
Platteller, 27 1/2 cm	40,05 RM	per Duzend
Platteller, 26 1/2 cm	35,— RM	per Duzend
Teller, 21 cm	24,— RM	per Duzend
Teller, 19 cm	22,— RM	per Duzend
Teller, 17 cm	18,— RM	per Duzend
Teller, 15 cm	15,— RM	per Duzend
Salatz, mit Fuß, 23 cm	5,50 RM	per Stück
Kombiöffelchen, 13 cm	12,50 RM	per Duzend
Kombiöffelchen, 15 cm	17,— RM	per Duzend
Alumenschalchen, mit Fuß	5,50 RM	per Stück
Salatteller, edig, 25 cm	3,40 RM	per Stück
Gebede, steilig, halbstark	4,50 RM	per Stück
Gebede, steilig, dünn	4,75 RM	per Stück

See- oder Kaffeeterrine mit halbstarken mit dünnen

Tassen	34,10	35,60
steilig	43,—	44,50
15teilig, mit 6 Teller	47,10	50,10
15teilig, mit 12 Tassen	56,60	59,60
16teilig, mit 12 Tassen, 1 Teekanne	64,85	67,85
steilig	74,85	77,85
steilig	84,35	87,35

Verkaufsbedingungen:

Erfüllungsort Berlin.

Preise verstehen sich ab Fabrik, minus 3 Proz. Treandrämie, plus 5 Proz. Verpackung, plus Frise und Anfuhr.

Bei Zahlung innerhalb 30 Tagen nach Rechnungsdatum 2 Proz. Skonto oder 45 Tagen netto, ohne jeden Abzug.

Kartellierung in der Ziegelindustrie.

Der 1. Antragsbescheid des Enquete-Kommissiones, der eingeleitet zur Untersuchung der Erzeugungs- und Abnahmbedingungen der Ziegelindustrie, veröffentlicht jetzt die Verhandlungsprotokolle seiner Untersuchungen. Im zweiten Bande des zweiten Teiles der Veröffentlichungen, über die Entwicklungsbedingungen der industriellen und gewerblichen Kartellierung, werden die Untersuchungen über die Bau- und Bauhilfsindustrien, die in Erscheinung erschienen im Verlag S. S. Mittler & Sohn, Berlin.

In der Ziegelindustrie wurden Verwaltungen eingerichtet und die Kartellierung notwendig bei der Ziegelindustrie in Thüringen, Berg, Böhmen, Ostpreußen, Pommern, Schlesien, Preußen, Bayern, Baden, Württemberg, Sachsen, Elsaß-Lothringen und dem Reich. Die Kartellierung der Ziegelindustrie in Deutschland ist die Kartellierung der Ziegelindustrie in Deutschland. Die Kartellierung der Ziegelindustrie in Deutschland ist die Kartellierung der Ziegelindustrie in Deutschland.

Die Ziegelindustrie ist eine reine transportorientierte Industrie. Die Ziegelindustrie ist eine reine transportorientierte Industrie. Die Ziegelindustrie ist eine reine transportorientierte Industrie. Die Ziegelindustrie ist eine reine transportorientierte Industrie. Die Ziegelindustrie ist eine reine transportorientierte Industrie.

produkt wird aus den angeführten Gründen daher schwer möglich sein. Derzeit, während der Inflation klaffen zu große Lücken, und geheimer. Die Hauptproduktionsgebiete der Ziegelindustrie liegen daher überwiegend in der Nähe von Kohlenfeldern und Industrieregionen.

Das Aufkommen der Maschinenindustrie und die starke Industrialisierung der deutschen Wirtschaft gegen Ende des vorherigen Jahrhunderts, und der dadurch bedingte Konkurrenzdruck, ergab eine starke Betriebsüberlagerung. Nach dem Bericht des Reichsausschusses für die Ziegelindustrie im Jahre 1907 um mehr als 10000 zugenommen; dagegen ist die Zahl der Kleinbetriebe in demselben Zeitraum um mehr als 14000 zurückgegangen. Im Jahre 1913, infolge der Kohlennot und Darniederliegens der Bauwirtschaft und nach sonstigen Kriegsgründen haben eine große Anzahl von Ziegeln die Produktion eingestellt. Weiterhin sind in den Inflationsjahren sehr viele Ziegeln auf Abbruch verkauft worden, um möglichst schnell zu Gelde zu kommen. — Bekanntlich war einer der Hauptgründe zum Erfolg der Stilllegungs- und Betriebsüberlagerung vom November 1920 das Ueberhandnehmen des Abbruchs von Ziegeln. Zurzeit dürfte sich in Deutschland ungefähr 4500 Ziegeln haben.

Das Vorhandensein der natürlichen Absatzmonopole, infolge des Standorts in der Nähe von Großstädten und Industrieregionen, wirkten frühzeitig kartellierend. Weiterhin gab die Konzentrierung der Massenbestände in der Nachkriegszeit durch Behörden und Siedlungsvereinigungen einen starken Anlaß zur

Endzierung. Der zusammengefaßte, ungleichmäßig einsetzende Massenbedarf an Ziegeln konnte von einzelnen Werken in der gestellten Frist nicht befriedigt werden. Dazu waren nur Vereinigungen von Ziegeln imstande.

Hauptanlaß zur Kartellbildung in der Ziegelindustrie war aber die Ueberproduktion. Befördert durch Mechanisierung der Betriebe, sowie durch das Aufkommen von Konkurrenzabstoffen, wie Kalksandstein und Eisenbeton, wurde die Preisgestaltung stark beeinflusst. Wie auch von Sachverständigen, die vernommen wurden, zugegeben wurde, war der Hauptgrund zur Gründung von Kartellvereinigungen die Beeinflussung der Preisgestaltung. Durch Stadeln der Ziegel, um sie dann auch im Winter mit guten Preisen zu verkaufen, treibt man eine Valorisationspolitik. Wie aus Antworten Königsberger Sachverständiger hervorgeht, hat man bei Ausschaltung des Händlerverdienstes, selbst im Winter bis zu 11 RM Preissteigerung erzielt. Durch eine gewisse Diskontierungspolitik besteht die Möglichkeit, im Sommer die Werke voll arbeiten zu lassen, ohne daß die Preise gedrückt werden.

Durch diese Politik wird auch eine gewisse Preisstabilität trotz unterschiedlicher Produktions-, Transportkosten usw. erzielt. Nach Angaben eines Sachverständigen der Chemnitzer Vereinigung erfolgt die Preisfestsetzung nach den Produktionskosten eines mittleren Betriebes. Auf die Produktionskosten wird eine Verdienstsprende von 8 bis 10 Proz. für angemessen gehalten. Ob diese 8 bis 10 Proz. der alleinige Verdienst ist, muß man bezweifeln, denn von der Königsberger Vereinigung wird den Händlern ein Rabatt von 6 bis 8 Proz. gewährt; daß die Ziegel an die Händler ohne Verdienst abgesetzt werden, kann man wohl nicht annehmen. Bei einer Verdienstsprende von 8 bis 10 Proz., Preisen von 42 bis 45 RM durchschnittlich, pro 1000 Ziegel, Produktionsleistungen von 2 bis 3 Millionen mittlerer Betriebe und Produktionszeit bei Saisonregelungen von 25 Wochen — dieses wurde von Sachverständigen angegeben — kann sich jeder die Verdienste selbst ausrechnen; wobei das Vorhergesagte noch immer mit zu berücksichtigen ist. Hatte man im Jahre 1913 noch Preisabweichungen von 12 bis 15 RM im Herbst, und 45 RM im Frühjahr für 1000 Steine, so hat man jetzt fast gleichbleibende Preise. 1913 stellten sich in Königsberg die Preise auf 18 bis 20 RM, während sie jetzt durchschnittlich 42 RM betragen. Interessant ist auch, daß Anfang 1924, gleich nach der Stabilisierung, die Preise auf 48 bis 56 RM (Halberstadt) standen, erst allmählich gingen sie dann auf den jetzigen Stand herunter. Also gerade die umgekehrte Entwicklung wie bei den Löhnen. Diese standen 1924 sehr niedrig und erhöhten sich dann langsam, der Preisentwicklung und der technischen Fortentwicklung (Nationalisierung) der Betriebe folgend.

Bemerkenswert sind auch die Antworten betr. Arbeitszeit. Von einem Königsberger Sachverständigen wurde (§. 140) ausgeführt, daß der Produktionsausfall durch Einführung des Achtstundentages 20 Proz. beträgt. Dabei brennen die Ofen aber ungenutzt in dreiteiliger Schicht. Wo der Ausfall herkommt, wenn es bei der achtstündigen Arbeitszeit möglich ist, den Brennprozeß voll aufrechtzuerhalten, auch im Herbst noch genügend Rohlinge zum Brennen vorhanden sind, ist uns nicht erklärlich. — Ganz abgesehen davon, daß auf vielen Ziegeln in der Königsberger Ziegelindustrie 10 Stunden gearbeitet wird. — Stellt man die Antwort (§. 140) und die Ausführungen des Vorstehenden (§. 136) gegenüber — der ausführte: „Die Kapazität des Produktionsapparates ist auf der achtstündigen Arbeitszeit angepaßt worden. Mehr faßt der Ofen nicht. Will ich die elfte Stunde arbeiten, so muß ich eine neue Anlage haben.“ — so ergibt sich hier ein Widerspruch. Ob dem Vorstehenden der Widerspruch nicht klar geworden ist, daß vorher auch von einem Sachverständigen der Königsberger Vereinigung gesagt wurde, daß nur 8 Stunden gearbeitet wurde und trotzdem der Brennprozeß ununterbrochen weiter geht?

Ein weiterer Widerspruch in den Aussagen ist festzustellen bei der Frage nach dem Produktionskosten. §. 149 wird von einem Chemnitzer Sachverständigen bei der Frage nach den Produktionskosten ein Preis für 1000 Steine von 42 bis 43 RM für notwendig gehalten. Bei der Frage nach der Verzinsung der Werke, d. h. nach der Rentabilität, beruft man sich auf Preise von 44 bis 35 RM (§. 181). Ober wird die Spanne von 35 auf 43 RM als Verdienst gerechnet und bleibt bei der Rentabilitätsberechnung außer Anschlag?

Durch den Zusammenschluß zu Kartellvereinigungen wird die Erhaltung alter nicht mehr moderner Betriebe gefördert. Es ist deshalb auch erklärlich, daß sehr oft leistungsfähige moderne Betriebe außerhalb der Vereinigung stehen. Von einem Betrieb in der Nähe von Chemnitz wird berichtet, daß derselbe bei einer Beschäftigungszahl von 23 Leuten eine Jahresproduktion von 7 Millionen Ziegel hat. Der Unternehmer dieses Betriebes ist der Auffassung, daß 7 Proz. aller Ziegeln bankrott gehen würden, wenn sie nicht zusammengefaßt wären.

Der Handel ist mehr oder weniger auf die Kartellvereinigungen angewiesen. Die festgesetzten Preise dürfen vom Handel nicht unterboten werden. Durch Gegenständigkeitsverträge wird die Konkurrenz ausgeschlossen. Infolge des kleinen Verhältnisses der Ziegelprodukte ist die Vereinigung in der Preisgestaltung auch dann ausschlaggebend, wenn die Mehrheit der Produktion in dem betreffenden Gebiet von der Vereinigung nicht erfaßt ist. Es ist daher auch zu verzeichnen, daß die Preise der Kartellvereinigungen im allgemeinen den von der Vereinigung festgesetzten Preisen anpassen. Damit ist das Merkmal der Kartellbeherrschung gegeben. Durch Aufkauf von Kontingenten und Zahlung von Entschädigung an stillgelegte Werke wird das Bild des Monopols vervollständigt.

Innerhalb der Vereinigung erfolgt eine Quotenverteilung auf die einzelnen Werke. Lieferung an Private, d. h. an Abnehmer, die nicht durch die Vereinigung zugeleitet wurden, ist durch Festsetzung einer Konventionalstrafe verboten. Die Auftragsverteilung, Einziehung der Gelder und Erledigung der

Eine gute Sache — eine schlechte Sache.

Wir befinden uns in einer abgelegenen und in vieler Hinsicht merkwürdigen Gegend des Hamburger Hafens, drüben auf der Darbarger Seite hinter der Vulkanwerft. Wir warteten auf die Fähre, ein weißes, plumpes Gefäß, das vom Strom der Ebbe seitwärts abgetrieben mit komisch-ruckeligen Bewegungen zur Landungsbrücke strebte. Wir kamen uns Gespräch. Er war ein hagerer Mann, nicht mehr als mittelgroß, außerordentlich klein in jeder seiner Bewegungen. Er trug den in dieser Jahreszeit üblichen Gummimantel mit einem Gürtel, einen neuen Hut, ziemlich gute Schuhe und Socken, die aufleuchtend gemustert waren. Der Mantel war soweit offen, daß man deutlich weiße Wäsche sah. Unter dem Arm trug er eine schwarze, große Ledermappe, wie Reisende sie zu benutzen pflegen. Er war mir aufgefallen, als ich ihn in seiner demotivierten Kleidung „sein in Schale“, wie man in Hamburg sagt, aus einem Kreis von Arbeitern sich lösen sah, die gerade Mittagspause hatten.

„Was für eine Branche vertreten Sie eigentlich?“ „Ja, das werden Sie kaum erwarten, ich vertrete einen Verlag. Ich vertrete vor allem ein fünfbandiges Werk, das „Die Volkshochschule“ heißt.“

„Und das werden Sie hier im Hafen los?“ „Ja, gerade hier — und natürlich auch in Schulen. Aber wissen Sie, für Schulen und für Besuche bei Bürovorstehern und Direktoren eigne ich mich nicht besonders. Ich bin mager, in Deutschland muß man dick sein, wenn man so in den besseren Kreisen verkaufen will. Das besorgt mein Kollege, ein großer dicker Mann, früherer Schauspieler, der macht das auszeichnet. Wenn der seine Karte hereinbringt, Vertreter der Volkshochschule“, dann halten ihn die Herren zuerst mal mindestens für einen Professor.“

„Was kostet denn das Werk, das Sie an die Arbeiter verkaufen?“ „Das kostet 75 (fünfundfiebzig) Reichsmark; natürlich Ratenzahlung. Die erste Rate wird per Nachnahme erhoben, die anderen dann durch Zahlkarte.“

„Gibt es denn viele Arbeiter, die fünfundsiebzig Reichsmark für die fünf Bände anlegen?“

„Oh ja, leben Sie, die Leute wollen sich weiterbilden, man sollte gar nicht glauben, wie stark der Drang nach Bildung unter ihnen ist. Heute allerdings habe ich bloß einen Vertrag abgeschlossen, aber immerhin: meine Provision von den 75 ist sieben Reichsmark und die bekomme ich sofort ausgezahlt.“

„Wenn nun aber die Leute dann nicht zahlen können?“

„Das geht mich nichts an. Meine Provision ist davon unabhängig.“

„Kann ich die Bücher mal sehen?“

„Über bitte sehr.“ — Der Probeband war ein mächtig dickes Buch in Quarzformat, etwa von der Stärke einer der populären Klassikerausgaben. Der Inhalt, soweit ich ihn beim flüchtigen Durchblättern überfah, bestand aus dem üblichen Material eines Konversationslexikons, zusammengestellt zu Kapiteln, über Verlehrsweisen etwa oder über Volkswirtschaft. Ein Material, das leicht zu beschaffen ist und zusammengekratzt auf fünf Bände nur allgemäße Weisheiten enthielt. Die Ausstattung, blaue Rarve mit Leder Rücken bot nichts Besonderes. Inzwischen redete der Mann weiter:

„Wenn die Arbeiter beim Mittag oder bei der Kaffeepause sitzen, dann komme ich an und laue: „Guten Tag, meine Herren, darf ich Sie vielleicht mit der Volkshochschule bekanntmachen?“ Und dann erzähle ich und zeige Prospekt und Probeband und so. Alles muß sehr schnell gehen, die Leute dürfen gar nicht erst zum Nachdenken kommen, bis sie unterschrieben haben. Man muß sich auch die Leute ansehen, die Interesse haben. Heute z. B. waren bloß drei da, ein Alter und zwei Junge. Von dem Alten mußte ich doch er nicht kaufen würde. Der eine Junge hatte keine Barden, der war vom Land, und das Landvolk läuft am schwersten. Der Dritte, so ein junger, blasser, hat gekauft, aber da mußte ich mich natürlich vergewissern, ob er über einundzwanzig Jahre war.“

„Gibt es noch mehr Verlage, die auf diese Weise solche Bücher vertreiben?“

„Ja, die Konkurrenz ist scharf. Man muß schon mit lauter Tricks arbeiten, wenn man was absetzen will.“

„Wie meinen Sie das?“

„Na, zum Beispiel: Die Leute haben immer Angst zu unterschreiben, weil sie arbeitslos werden können und weil sie dann die Raten nicht aufbringen können. Da sage ich ihnen dann, sie brauchen deshalb keine Angst zu haben; bei Arbeitslosigkeit können sie die Zahlungen bis zu sechs Monaten aussetzen. Dann unterschreiben manche und wenn sie unterschrieben haben, dann können sie ja nicht mehr heraus aus der Sache. Aber im Vertrauen, den sie unterschrieben, steht ein Postamt. Diese Vereinbarungen mit dem Vertreter haben keine Gültigkeit.“

Inzwischen war die Fähre drüben angekommen. Wir stiegen aus und unsere Wege trennten sich. Als ich allein weiterging, merkte ich, wie ich immer mühter wurde. Nicht auf den Mann, der seinen Lebensunterhalt nicht leicht verdient, der seine schmuckigen Tricks nicht selbst erfindet, der sie vielleicht gebrauchen mußte, um Kran und Fieber zu erkranken. Es war vielmehr die Wut gegen die systematische Ausbeutung, gegen die mißbräuchliche Benutzung einer guten Sache durch Leute, die nichts als verdienen wollen. Fünf Bände, mächtig in jeder Beziehung und ein Preis von fünfundsiebzig Reichsmark (nach meiner Schätzung sind die zum mindesten dreifach überwertet). Und solche Bücher werden Arbeitern angebreit, gerade den besten, den wissenschaftlichen, denen, die weiterkommen wollen, die von diesen Büchern etwas ganz anderes erwarten als das, was sie darstellen. Sie können nur unter Arbeitern Käufer finden, unter den „Dummen“ die keine Ahnung haben, was Bücher kosten, die keine anderen Wege haben, an Bücher heranzukommen.

„Ein bedauerlicher Einzelfall“ werden viele sagen. Ich weiß es besser. Das System ist häufig und überall beutet es die Armen aus. (In der „Frankfurter Zeitung“).

Gelöbnis.

Wir wollen das rote Banner tragen, empor zur höchsten Menschlichkeit. Dort soll es alles überragen, in guten und in bösen Tagen, verkünden eine neue Zeit.

Wir wollen schühend bei ihm stehen im glaubensfesten, treuen Bund und weithin sichtbar soll es wehen, mit ihm wollen wir durchs Leben gehen zu jeder Zeit und jeder Stunde.

Doch sollten wir einmal verzagen, in schweren Stunden schwächlich sein, dann soll es mahnend zu uns sagen: Ihr habt versprochen mich zu tragen, nun sollt ihr stark und mutig sein!

Dann wollen wir wieder vorwärts schreiten, das rote Banner in der Hand und wieder soll es uns befehlen durch Not und Kampf und alle Zeiten, bis in das rote Freiheitsland.

W. Volz, Städtagen.

Der Pelzmantel.

Eine Skizze von Ludwig Pratsch.

Motto:

Du hast dem reichen Bürger Hab und Gut beschützt, dafür bist du bei ihm gehörig abgeblüht.

Itmanns sind feine Leute. Der Krieg hat sie dazu gemacht. Wenn Madame zugunimmt, wie der alte Hausdiener Kunrad der Kathrine den Kopf wäscht, weil sie den Kauf ständig im Maulwerk hat: „Nie wieder Krieg!“, also sagt Madame im Tone, wie er eben bei schweren Geldleuten, die darum fromm sind, üblich ist, meint also Madame Itmanns: „Kathrine, wenn bei uns Zupringerin, was können gegen die Herrschaften wollen?“ „Nix, gar nix, ebensowenig, wie Menschen dran machen können; wenn unser lieber Herrgott ganz einfach einen Krieg für notwendig hält... und nu was anderes... Es ist Regenwetter, der kriegsbeschädigte Mann mit der verkrüppelten Hand geht heut nich häusieren, ma muß aber doch den braven Veteranen was verdienen lassen... sagens also dem Martin, er soll rüber, und unsere Boden trocken sauber machen, vorkommen?“

Kathrine, eine Kriegswitwe und Zupringerin bei Itmanns, steigt also drüben im Hinterhaus des großen Vierdeckergebäudes ganz hoch hinauf in eine Bodenkammer, wo der Hausierer Martin wohnt.

Nichtens ans bei den Herrschaften, in aner halben Stunde trete ich an als Bodenaufreimer...“ sagt der kriegsbeschädigte. Wie er überkommt, zeigt ihm die Zupringerin die verschiedenen Bodenkammern und meint, den Kopf zur Stiege drehend, ob kein Unberufenes kommt: „Wissens, Martin, der alte Hinzschacherer will da oben kleine Wohnungen, da eine Kammer, dort einen Schlafraum, a möbliertes Zimmer einrichten.“

„Ma ja, soll geht scho, hell is da; a paar große Fenster im langen Gang gibt noch mehr Licht, und kleine Eisenfenster, geschäft mit eisernen Feuerhaken, machen so warm, daß die Geschichte geht...“ begutachtet der Martin Hofmann.

„A — thrin — na!“ fröhelt eine Stimme von unten auf. „Dös is der Alte“, rüchelt die Zupringerin, und geht hartig die Stiegen runter.

Und wieder brüllt der alte Itmann: „Sä, Herr Hofmann, die Herren Kleidungsstücke, wagens auch immer in Mode kann, die Herren schon lauber aus, hängt an den langen Kleiderausgang im Gang, und was ganz gutes, wird auf die Seite getan, und das zeigens mer — wastens mich?“

Der Martin gibt kund und zu wissen, daß er versteht. Denkt sich aber so nebenbei: Weiz schon, alter Hamster, bist besorgt, es kommt dir was weg. Und damit beginnt seine Anfräumungsarbeit auf den Bodenkammern der reichen Leute.

Während der Martin alles schön sauber klopft und büstet, Häuflein neben geordneten Kleidungsbindel sortiert, das beste Zeug an der Gängele aufhängt, geht es mit dem Aufräumen zu Ende. Dazwischen schaut sich einmal der Hausmeister Kunrad nach ihm um, denn als Vertrauensperson hat man Pflichten.

Der Martin nimmt den Reien, die Zupringerin Wasser und Bürste, und bald steht alles aus, wie abgeleckt.

Während die zwei Letzte Schlus machen wollen, meint die Zupringerin, sie acht nochmal umschauen im kleinen Kleiderboden nebenan. Naichen Schritte kommt sie zurück, hat ein Kleidungsstück überm Arm. Spritzt das Stück auseinander und tut freudig überrascht: „Da, schauens her, Martin, so an feina Mantel — an Pelzmantel, ham mir nit amal daham im Schrank... und da freissen den schönen Mantel die Schabengamm... der Mantel war recht zum Häusieren...“

Der Martin wehrt ab, überlegt sich aber die Sache und meint: „Ich will mit dem Herrn darüber reden“, und nimmt den Mantel über den Arm.

Jetzt brüllt von unten auf die Stimme des Hausmeisters: „Sery, Herr, kommens raus, der Kerl da will den Pelzmantel mitnehmen!... ich hole Polizei!“ und er will fortspingen.

„Da bleiben!“ befehlt der Hausherr. Und zum Martin hin sagt er: „Was wollens mit dem Mantel?“

Nimmt sich der Martin ein Herz und meint: „Schauens, Herr, ich bin a Krüppel, kriegsbeschädigt, da die linke Hand is halb kaputt, und so schlag ich mich durch, neben der Rente als Häusierer... hab ich mir eingeredet, wennst dem Herrn a gutes Wort gibst, kriegst den Mantel billig... oder...“

„Ganz geschenkt... da gibts aber nix — den Mantel hat mir unsre Gnädige Weihnachten versprochen, net wahr, Madame?“ schreit die Hausmeisterin.

„Ich will die hat, der Martin is a Kriegsbeschädigter!“ fährt die Zupringerin drein.

„Ruhe! Man gibt ja gern... aber wenn meine Frau dem Kunrad scho versprochen hat... kann ich nichts machen... tut recht human geizert der Hausherr. Dann erzählt der Herr von allerhand Wohlthatenssachen, und macht beleidigt: „Mer kann doch nit alles beständigen?“

Die Kriegswitwe meint: „Wissens, wenn die da, die ma jetzt auf die Seite schiebt, net das Eigentum der andern mit Blut und Not und Tod geschützt hätten, gabs nimmer viel zum Wegschenken...“

Der kriegsbeschädigte bekommt seinen Lohn. Großmütig reicht ihm der reiche Völscher eine Mark hin und sagt wohlwollend: „Jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert... zumal unsere tapferen Veteranen... und Sie, Frau Kathrine, tragens den Pelzmantel zum Trödler, bringens mir den Verkaufspreis... was mer hat, dös hat mer...“

Es ist gesagt worden, Republik oder Monarchie sei nur eine Form des Staates, es komme aber auf den Inhalt an. Das ist in doppelter Beziehung falsch. Die Republik ist an sich ein hohes Gut. Denn sie ist die Verwirklichung der Freiheit...

Sagen wir damit etwas, was nicht Geist vom Geist des Sozialismus ist? Was ist denn Sozialismus, wenn Sozialismus nicht Freiheit ist? Wir wollen doch den Sozialismus, weil wir befreit sein wollen von der Uebermacht der materiellen Interessen, von der Herrschaft der Interessenorganisationen, weil wir wollen, daß endlich diese Fragen aufgehört: wo kann ich heute Mittagsbrot essen, wo finde ich morgen ein Obdach? Diese Dinge müssen aus dem Gesichtskreis der Menschheit zurücktreten, damit die Menschheit sich erst verwirklichen kann in der Teilnahme an den Gütern der menschlichen Kultur. Kultur und Freiheit ist unzerstrenlich, und deshalb ist Republik und Sozialismus unzerstrenlich.

Rudolf Hilferding
(Für die soziale Republik. Verlag Dietz, Berlin).

sonstigen geschäftlichen Angelegenheiten erfolgt durch die Geschäftsleitung des Verkaufsyndikats. Durch Förderung der Verbeisführung von Vertragsabschlüssen und Schutzverträgen mit den Vereinigungen der Abnehmer (Baugewerbe) wird das Ziel der Verkaufsvereinigungen weiterhin erstrebt.

Betrachtet man die Antworten, die auf die Anfragen vor dem Untersuchungsausschuß gegeben wurden — vernommen wurden Geschäftsführer von Ziegelverkaufsvereinigungen, Ziegelunternehmer (Mitglieder der Vereinigungen und Außenleiter) und als Abnehmer: Bauunternehmer und Baustoffhändler — so kann man ohne Voreingenommenheit eine gewisse Gleichheit der Antworten, auch auf die verschiedenartige Fragestellung, feststellen. Zugabeden werden soll, daß durch die Beschränkung der Untersuchung auf bestimmte Gebiete eine Gleichheit entstehen muß; trotzdem muß der Eindruck entstehen, daß man sich vorher über das, was man sagen wollte, ausgesprochen hat.

Unter dem Namen von Berufs- und Fachvereinen bestanden bereits in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts auf lokaler Grundlage Ziegelverkaufsvereinigungen. Nach den Angaben der Fachliteratur stieg die Zahl der Vereinigungen von 56 im Jahre 1900 auf 78 bis 1903, 1906 auf 132 und 1914 auf ungefähr 300. Viele, mit Hilfe staatlicher Anwesenheiten zu großen Zentralinstituten, ähnlich der Zementindustrie, zu kommen, haben sich nicht verwirklicht. Jedoch ist nach dem Kriege eine starke Bewegung zu verzeichnen, die Verkaufsvereinigungen auf breiter regionaler Grundlage aufzubauen. Diese Konzentrationsbestrebungen und das Aussehen dieser Ziegelbetriebe bewirkte ein weiteres Zurückgehen von 132 im Jahre 1919, auf 108 im Jahre 1927.

Dem Verbands der deutschen Ziegelverkaufsvereinigungen waren von dieser 108 im Jahre 1927 46 angeschlossen. Aber durch Gegenständigkeitsverträge der Vereinigungen untereinander, zeitliche Beeinflussung von Seiten des Reichsverbandes durch Verträge, Druckschriften, Ausbreitung von Verträgen, Satzungen usw., Aufstellung von Preisberechnungen und Richtlinien, werden fast alle Verkaufsvereinigungen, ja man kann sagen, die gesamte Ziegelindustrie beeinflußt.

Hieraus hat die Arbeiterschaft in den Ziegeln die nötigen Folgen zu ziehen. Das sind: Sich selbst zu organisieren im Fabrikarbeiterverband, Abteilung Peramischer Bund! Auf die Dauer geht es nicht, ob die Arbeiterschaft in so und so viele Organisationen zerfällt, es ist ein geschlossener Arbeitgeberrtum muß eine geschlossene Arbeiterschaft angeordnet sein. Aber auch in territorialer Beziehung muß eine Vereinbarungen erreicht werden. Es ist ein unumgänglicher Zustand, die Lohn- und Arbeitsbedingungen in vielen ungleichmäßigen Zonen und Verträgen verabschiedet geregelt zu werden. R — c.

Knappschafftsversicherungspflicht der Ziegeleibetriebe.

Mit dem Inkrafttreten des ReichsKnappschafftsgesetzes wurden in den allermeisten Fällen die Ziegeleibetriebe in der mitteldeutschen Brauntohlenindustrie von der ReichsKnappschaffts- und den BezirksKnappschafftsämtern als Knappschafftsversicherungspflichtig erklärt. Die ReichsKnappschafftsämter stützten sich hierbei auf § 2, Abs. 2 RKG, wonach auch Betriebsanstalten oder Werkstätten, die als Nebenbetriebe eines Knappschafftsbetriebs mit diesem räumlich oder betrieblich zusammenhängen, Knappschafftsbetriebe sind und schlußfolgerte daraus, daß jeder Nebenbetrieb eines Knappschafftsbetriebes Knappschafftsversicherungspflichtig sei. Vielfach wurde auch die Ansicht vertreten, daß der § 4 Abs. 1 RKG, welcher unter bestimmten Voraussetzungen eine Vereinerung von Betrieben der Industrie der Steine und Erden zuläßt, auf sogenannte Nebenbetriebe keine Anwendung finden könne.

Im Gegensatz dazu hat der Reichsarbeitsminister in einer Entscheidung vom 10. Oktober d. J. unter Nr. 11 9181/28 einen anderen Standpunkt eingenommen. Es heißt in dieser Entscheidung:

„Gemäß § 2 Abs. 4 und § 4 des ReichsKnappschafftsgesetzes entscheide ich nach Anhörung der obersten Landesbehörde der ReichsKnappschafftsämter, des Reichsversicherungsamtes und des Peramischen Bundes:

a) Die Ziegelei G o l p a ist als Nebenbetrieb der Knappschafftsbetriebe Brauntohlengrube, mit der sie räumlich und betrieblich zusammenhängt, ein Knappschafftsbetrieb im Sinne des § 2 Abs. 2 des Gesetzes.

b) Auf Antrag des Arbeitgebers und der berechtigten Arbeitnehmer vom 9.12. März 1928 befreie ich gemäß § 4 des Knappschafftsgesetzes den Betrieb der Ziegelei G o l p a von der Versicherung nach dem ReichsKnappschafftsgesetz. Die Vereinerung tritt für die Knappschafftsbetriebe, Invaliden-, Pensions- und Angestellten-Versicherung mit dem Tage der Durchführung dieser Versicherung, dem 5. September 1927, in Kraft. Von diesem Zeitpunkt an richtet sich für die Arbeitnehmer die Kranken-, Unfall- und Angestellten-Versicherung nach den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung und des Angestellten-Versicherungsgesetzes.“

Durch die Entscheidung ist zum Ausdruck gebracht, daß die betreffende Ziegelei ein Knappschafftsbetrieb im Sinne des § 2, Abs. 2 RKG ist. Jedoch ist hierbei den Bestimmungen des § 4, Abs. 1 RKG, Rechnung getragen. Der genannte Paragraph besagt:

„Auf gemeinsamen Antrag des Arbeitgebers und der Mehrheit der berechtigten Arbeitnehmer, die hierüber abstimmen, sind Betriebe der Industrie der Steine und Erden von der Versicherung nach diesem Gesetz zu befreien, wenn nicht besondere Umstände die Versicherung rechtfertigen.“

Unter „besonderen Umstände“ sind nach dem Kommentar von J. Eckert und Dr. Heumann besondere Gefährlichkeit und Größe des Betriebes, häufiger Wechsel der Betriebsleitung zu anderen Knappschafftsbetrieben und Nichtzahlung der nach § 5 festgelegten angemessenen Entschädigung angeführt. Diese „besonderen Umstände“ haben wahrscheinlich nicht vorgelegen. Daraufhin ist vom Reichsarbeitsminister die Vereinerung von der Knappschafftsbetriebe Versicherung ausgeschlossen.

Sind 66 Pfg. gesetzlicher Lohn?

Den Kopf voller Sorgen verlasse ich die Eisenbahn. Ueber 100 Kilometer Bahnfahrt habe ich hinter mir. Mehrmals hatte mich die Belegschaft eines Steinwerkes durch einen Kollegen auf-fordern lassen nach dort zu kommen, um Aufklärung über die Organisation zu geben. Nicht freiwillig hatten die Arbeiter den Beschluß gefaßt, sich zu organisieren. Denkbar schlechte Lohn- und Arbeitsbedingungen waren die Triebfeder ihres Wandels. Neherst niedriger Lohn, keinen Urlaub, keine Bezahlung von Nebenstunden, alles war noch genau so wie in der Vorkriegszeit. In der weiten Umgebung gab es keinen Betrieb mehr, der so schlechte Löhne zahlte. Deshalb die Einladungen der Belegschaft.

Gierne liefste ich der Aufforderung entgegen. 20—25 Mann an einem Tage organisieren zu können, kommt heute nicht mehr allzu häufig vor. Leider muß man jedoch oftmals die Wahrnehmung machen, daß nach Verbesserung der Arbeitsbedingungen durch Abschluß eines Tarifvertrages die Organisation wieder in Vergessenheit gerät. Auf dem Wege zum Werk machte ich mir Gedanken über die große Situation in der Mittelerdebewegung. Wenn diese endlich einmal unterbunden werden könnte. Unsere Macht wäre mit einem Schlag bedeutend größer.

Auf dem Werk wurde ich bereits erwartet. 4 Stunde lang setzte ich den Arbeitern den Wert der gewerkschaftlichen Organisation auseinander. Wo bei vieler, schwerer Arbeit ein niedriger Lohn gezahlt wird, ist es ja leicht zu beweisen, welche Vorteile im Tarifvertrag liegen, und so machte es auch keine sonderlich große Mühe, die Aufnahmewünsche ausgefüllt zu bekommen. Anders ist die Frage, ob diese Neugewonnenen ebenso freiwillig und gern ihren Beitrag zahlen werden. Verbandsmitgliedschaft sein müssen wohl Nebenstunden von Arbeiterinnen und Arbeiter, wenn bloß das Vertragsverhältnis nicht wäre.

Ich hatte sofort darauf hingewiesen, daß es zurzeit nicht leicht sei, den Abschluß eines Tarifvertrages zu tätigen. Meine Befürchtungen sind ich beständig, sobald ich mich mit dem Ar-

beitgeben ins Benehmen setzte. Ein älterer, großer Mann mit einem roten, wenig gepflegten Bart stellte sich mir als solcher vor. Tarifvertrag wolle er keinen, unter keinen Umständen. Es sei geradezu eine Verrücktheit, dergleichen zu verlangen, erklärte er mir. Nur mit meinen Arbeitern wolle er zu tun haben. Wenn diese etwas wollten, könnten sie selbst zu ihm kommen. Wenn es nicht passe, der könne ja gehen. Lieber wolle er den Schlüssel herumwerfen, womit er meine, den Betrieb stilllegen, als einen Tarifvertrag abschließen.

Mit dem Alten war nichts anzufangen. Ich wies ihn darauf hin, daß von unserer Seite nun der Schlichtungsausschuß angezogen werden müsse.

Nun wandte ich mich mit einigen Arbeitern einem kleinen Bergdorfschen zu. Einen steilen Weg hatten wir zu beschreiten. Nur langsam kamen wir voran. Einflüchtig und stockend beantworteten die Kollegen die von mir gestellten Fragen. Gewerkschaftlich organisiert sind sie schon alle einmal gewesen, manche schon mehrmals. Jeder hatte einen anderen Grund für den letzten Austritt. Ich rechnete meinen Begleitern vor, daß sie im letzten Jahre mindestens 250-300 RM deshalb weniger verdient hätten, weil ein Tarifvertrag nicht bestand. Das konnten sie nicht bestritten. Sondernäre Vorstellungen scheinen sie sich über das Zustandekommen eines Tarifvertrages gemacht zu haben, denn einer, ein 26 Jahre alter, fragte mich plötzlich, ob denn die 66 Wt. Stundenverdiene, die sie im letzten Monat erzielt hätten, nicht gelehrt seien. Ich war sprachlos. So weit sind wir gekommen, daß es Arbeiter gibt, die annehmen; die Lohnhöhe würde durch Gesetz bestimmt. Daß für Milchvieh kein gelehrter Preis besteht, war dem Kollegen ebenso begreiflich als auch die Tatsache, daß der Schuster für Reparaturen keine gelehrte Bezahlung hat. Aber daß der Stundenverdienst von 66 Wt. nicht gelehrt sein sollte, schien ihm unbegreiflich. Es wäre ja eine herrliche Sache, wenn durch Gesetz die Lohnhöhe bestimmt werden könnte. Aber auch sehr gefährlich. Denn welche Lohnhöhe würde ein Ministerium bestimmen, in dem der Einfluß der Kapitalisten noch größer ist als jetzt? Welcher Wahlstab käme zur Anwendung? Wer wollte einen Ausweg finden aus den großen Lohnunterschieden, die jetzt bestehen? Soll der gelehrte Lohn des Fliesenlegers 1,70 RM pro Stunde betragen und der des ungelerten Arbeiters in der chemischen Industrie 60-70 Wt.? Das geht nicht. Nach wie vor werden die Machtverhältnisse für die Höhe des Lohnes entscheidend sein. Eine feste, geschlossene gewerkschaftliche Organisation ist Voraussetzung hierfür. Alles das und noch mehr erklärte ich den Kollegen. Wir kamen so schnell zum Dorf hin.

Diesem Vorgang bediene ich am Abend dazu, einen Vortrag über das Zustandekommen eines Tarifvertrages und dessen Reichsverhältnisse zu halten. Wir hatten eine schöne und gut verlaufene Versammlung.

Rückwirkende Kraft eines Lohntarifs.

Das Reichsarbeitsgericht hat kürzlich ein Urteil über eine bedeutsame Frage des Tarifrechts gefällt (RAO. 139:23 - Urteil vom 3. November 1928). Es handelte sich hier um die Frage, ob an einem Lohnvertrag mit rückwirkender Kraft auch Arbeiter Anteil haben, die bereits ausgeschieden sind. Am 5. Oktober 1927 wurde in Solingen ein am 20. September gefällter Schiedsspruch zwecks Abschluß eines neuen Lohnabkommens zwischen dem Metallarbeiterverband und dem dortigen Arbeitgeberverband mit rückwirkender Kraft vom 1. September als verbindlich erklärt. Von dem in der Zeit vom 1. bis 20. September 1927 ausgeschiedenen Arbeitnehmern wurde die Entscheidung des Arbeitgeberverbandes, bereits ausgeschiedenen Arbeitnehmern die Lohn-erhöhungen nicht auszahlen, angefochten. Sowohl das Arbeitsgericht Solingen, wie auch das Reichsarbeitsgericht überlegten gaben der Klage statt. In der Begründung heißt es u. a.: Die Parteien eines Kollektivabkommens sind ebenso wie diejenigen eines Einzelarbeitsvertrages rechtlich durch nichts gehindert, Lohnerböhrungen mit Wirkung für inzwischen abgelaufene Arbeitsverträge zu vereinbaren. Beide Parteien gehen dabei, indem sie die Rückwirkung uneingeschränkt festlegen, bewußt auf einen früheren Zeitpunkt und die damals herrschende Sach- und Rechtslage zurück. Dadurch erkaufen sie als notwendige Folge, daß bei einem Kollektivabkommen mit rückwirkender Kraft alle Arbeitsverträge von der vereinbarten Rückwirkung erfährt werden, die zum Zeitpunkt der Rückwirkungsfrist noch bestanden. Diese Anschauung entspricht nicht nur der Rechtslage, sondern auch der Billigkeit, denn in der Festlegung der Rückwirkung erhöht der Lohn zum Ausdruck, daß zu diesem Zeitpunkt die Lohnleistungen des Arbeitgebers der Arbeitsleistung des Arbeitnehmers nicht mehr voll entspricht.

Die vom Arbeitgeberverband beim Reichsarbeitsgericht eingelegte Revision wurde verworfen. Das Reichsarbeitsgericht schloß sich ausdrücklich der Anschauung des RAO an und betonte noch folgendes: Entscheidend für den Prozeß war, wie die tarifliche Erklärung (Schiedsspruch) auszulegen ist. Die Vorsatzkraft hat das einwärtig dahin getan, daß die Rückwirkung mangels einer ausdrücklichen Vereinbarung sich nicht auch auf die Arbeitnehmer beziehen soll, die zur Zeit zur Erlassung des Schiedsspruchs bereits ausgeschieden waren. — Da sich derartige Fälle öfter wiederholen, sei die Entscheidung des RAO dringend zur Beachtung empfohlen.

Stade-Hemmoor.

Durch die Postreise ging in letzter Zeit die Meldung, daß die Zementfabrik Hem Moor an der Oite aus den amerikanischen Aktienbesitzern 400 000 Dollar erhalten hat. Das sind 1 600 000 RM oder etwa 41 Proz. des gesamten Aktienkapitals. Neben die Verwendung dieses Geldes sollte nach den Meldungen in der am 24. November d. J. stattgefundenen Aufsichtsratsungung beschlossen werden. Es machte bereits eine Person auf, und zwar die, daß die Gelder zur Ausgabe von Gratisaktien verwendet werden sollen. Ob sich diese Person bestätigt, ist abzuwarten.

Die Firma kann es sich bei solchem reichlichen Zinsen erhalten. Jubiläen zu veranstalten. Am 31. Oktober d. J. fand zu Ehren eines Meisters, der 50 Jahre bei der Firma beschäftigt war, eine Feier statt, zu der sämtliche Meister und Angestellte sowie auch ein Teil älterer Arbeiter eingeladen waren. Auf dieser Feier hielt der Generaldirektor der Gesellschaft eine Rede, in der er dem Meister den Dank für die langjährige Tätigkeit und Treue aussprach. Als Präsident wurde dem Meister eine goldene Uhr überreicht. Es ihm noch andere Geschenke seitens der Firma gemacht wurden, entzieht sich weiterer Kenntnis. Nebenfalls hat der Meister für seine wöchentliche Dienste eine kleine Anerkennung erhalten. Wenn es auch ungewiß ist, ob die 1 2 Millionen Reichsmark, welche die Firma jetzt, nicht als Zinsen in etwas ist es immerhin.

Wenn sich nun aber die Aktien, zu der Festlichkeit geladenen Arbeiter vielleicht im stillen Absicht haben sollten, auch bald in die Hände der Firma ihr Jubiläum feiern zu können, so werden sie durch die 14 Tage weiter erzielte Auszahlung eines Teiles älterer Arbeiter wahrscheinlich schwer enttäuscht werden sein. Unter der Hand stehen befindet sich ein Teil Leute, die bereits 20 bis 30 Jahre im Betrieb beschäftigt waren. Die Gefandigten haben beim Betriebsrat Einspruch gegen ihre Kündigung ein. In Verhandlungen mit der Firma versuchte der Betriebsrat, die Firma zur Zurücknahme der Kündigungen zu veranlassen, ohne Erfolg damit zu haben. Jetzt wird das Arbeitsgericht zur Entscheidung angeworfen werden.

Wie nun aber auch die Entscheidung anfallen wird, bedeutet die Kündigung eines Teiles der Arbeiter, hauptsächlich älterer Arbeiter, in einem Zeitpunkt, wo der Firma 1 2 Millionen Reichsmark wie ein Geschenk in den Schoß fällt, eine so große Kapitalvermehrung. Man weiß jetzt noch gar nicht, wie man den erhaltenen Segen unterbringen kann. Der

man weiß es — die Person, den Aktionären ein Geschenk in Form von Gratisaktien zu geben, spricht dafür — und will bei der Verteilung dieses Geschenkes nicht von sozialen Rücksichten gehindert werden. Es könnten ja sonst auch Stimmen laut werden, daß der Arbeiterschaft auch etwas gegeben werden könnte. Deswegen entläßt man einen Teil ältere Arbeiter, damit man auf diese keine Rücksicht zu nehmen braucht.

Im Parlament stimmten die Vertreter der Schwerindustrie gegen die Herabsetzung der Altersgrenze. Wovon die alten Arbeiter leben sollen, darum kümmert sich das Kapital nicht. Der Profit geht über alles. Sobald der Arbeiter eine gewisse Altersgrenze überschritten hat, glauben die Vertreter des Kapitals ihre Profitinteressen gefährdet. Der alte Arbeiter könnte ihnen nicht mehr soviel Profitüberschuß erarbeiten, deshalb entläßt man ihn beiseite. Für die Unterhaltung dieser Alten mag die Allgemeinheit sorgen oder sie mögen verhungern. Für Arbeiter, die nach Meinung der Kapitalvertreter nicht mehr genügend arbeiten, haben sie nichts mehr übrig. Auf der anderen Seite schreiben sie über die zu hohen Soziallasten, sorgen aber selber dafür, daß sie steigen müssen.

Für die Arbeiterschaft mögen solche Vorkommnisse eine Lehre sein. Nur durch Stärkung ihrer gewerkschaftlichen Organisation können sie dafür sorgen, daß solche Zustände in Zukunft geändert werden können. Auch die Zementarbeiter in Hem Moor mögen an diesem Beispiel erleben, daß sie keine bis ins hohe Alter gesicherte Existenz haben, sondern weggeworfen werden wie eine ausgepreßte Zitrone, wenn die Herren Zementbarone glauben, daß sie nicht mehr genügend leisten. Es heißt da einfach: „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen.“ Den Aktionären werden aber Laune in den Rücken geworfen. Nach einmal, Zementarbeiter, aufwach! Ihr selber habt es in der Hand, dafür zu sorgen, daß solche Zustände in Zukunft verhindert werden können.

Rölnner Sand- und Kiesgruben.

Im Rölnner Wirtschaftsgebiet befinden sich 25 Sand- und Kiesgruben, in denen über 300 Arbeiter beschäftigt sind. Ein Tarifvertrag besteht nicht. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen werden von jedem einzelnen Arbeitgeber verschiedentlich festgesetzt. Die Lohnunterschiede sind dementsprechend außerordentlich groß. Es sind Firmen, die einen Stundenlohn von 1 RM bis herunter zu 75 Wt. pro Stunde zahlen. In einem Teile der Gruben wird im Stofd gearbeitet. Auch hier haben wir festgestellt, daß die Stofddiener in derselben Weise sich aufbauen. Die Arbeiterschaft hat ersichtlich noch nie den Versuch unternommen, die Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich zu regeln. Die besonderen Verhältnisse bringen es mit sich, daß ein dauernder Wechsel der Arbeiter stattfindet. In keinem Industriezweige ist der Arbeiterwechsel so stark, wie in diesem Betriebe. Es hängt dies auch mit der Saisonarbeit zusammen. Im Sommer werden 10 bis 11 Stunden und noch länger gearbeitet, mit der doppelten Arbeiterzahl. Im Winter ist die Belegschaft stark eingeschränkt und auch die Lohn- und Arbeitsbedingungen sind entsprechend schlechter.

Der Keramische Bund hat nun den Versuch unternommen, auch für diese Arbeitergruppen einen Lohn- und Rahmenvertrag zu schaffen. Die Arbeiterschaft des Baggerwerks Germania II, Eisen, Baustelle Köln-Röll, hat die Verhandlungsbefugnis beauftragt, der Firma Forderungen, Abschluß eines Rahmenvertrages und Erhöhung der bisher gezahlten Löhne ab 1. November um 20 Proz. zu unterbreiten.

Dieser Forderung haben sich auch die Arbeiter in den übrigen Gruben angeschlossen; die in Betracht kommenden Firmen haben es aber abgelehnt, über die eingerichten Forderungen zu verhandeln und in einer Versammlung wurde die Verhandlungsbefugnis dem Schlichtungsausschuß anzufragen. Der jetzige Zustand kann unter keinen Umständen aufrechterhalten werden. Es besteht keine geregelte Arbeitszeit, die Ueberstundenbezahlung ist nicht geregelt, Urlaubsbestimmungen kennt man nicht und jeder Betrieb versucht, nach seinem Gutdünken die Verhältnisse mit den Arbeitern zu regeln. Die Arbeiterschaft hat bislang unorganisiert und hat sich nun zum Teil dem Keramischen Bunde angeschlossen.

Hoffentlich erkennt auch die noch unorganisierte Arbeiterschaft die Notwendigkeit an, die Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich festzulegen. Wenn alle Arbeiter in diesem Bestreben die Verhandlungsbefugnis unterstützen, so wird es auch gelingen, für die Sand- und Kiesgrubenarbeiter geregelte Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen.

Gewerkschaftsfunktionäre bevorzugt!

In verschiedenen Zeitungen fanden sich folgende Annoncen: Größte Hilfe beim Sterbefall und bei Gesamtinvalidität sichert Ihnen der Beitritt zum Unterstühtungsverein „Nothilfe“, e. V. Gewerkschaftsfunktionäre, die einen Nebenverdienst suchen, werden gebeten, sich am Donnerstag von 2 bis 5 Uhr im Lokal „Zur Gerichtshube“, Große Baustraße, zu melden.

Für angenehme Tätigkeit, die auch nebenberuflich aus-geübt werden kann, suche ich sofort Einige Herren.

Gewerkschaftsfunktionäre bevorzugt. Zu melden Mittwoch 2 bis 4 Uhr bei Grobeling, Patriotischer Weg 90.

Der Unterstühtungsverein „Nothilfe“, ein privates Unternehmen, macht sich an Organisationen der Arbeiterschaft heran, wobei Gewerkschaftsfunktionäre bevorzugt werden. Die Geschäfte des Breslauer und Hamburger Gewerkschaftskongresses sowie der Hamburger Fagung des RFA-Bundes werden sicher Gewerkschaftler, die sich zu „angenehmer Tätigkeit“ für diese „Nothilfe“ herbeilassen, an ihre Pflicht der Volksfürsorge, der gewerkschaftlicher und genossenschaftlichen Versicherungsbewegung, getrauert erinnern.

Der Rat im Vorstand der Volksfürsorge.

Der bisher ehrenamtliche Vorstandsvorsitzende, Herr Otto Steiger, Zwickauer des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tischler und Holzwerker Deutschlands, ist zum gewählten Rat im Vorstand als Mitglied bestellt worden und tritt am 1. Dezember 1928 an. Für den Rat im Vorstand sind ernannt: Herr Heinrich Kaufmann als Gewerkschaftsfunktionär, Herr Hugo Hapelin als Geschäftsführer des Vorstandes, Herr Streine als Gewerkschaftsvertreter, Herr Wilhelm Hapelin, Vorsitzender des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandten Berufsgruppen Deutschlands, in den ehrenamtlichen Vorstand gewählt worden.

Arbeiter, lernt Stenographieren.

Immer wieder löst diese Mahnung durch die Arbeiterkreise. Sie bedeutet, im Grunde genommen, mehr als wie die Herübernahme, sich eine Schnellheft zu anschauen, um die Vorteile des Schreibens im Geschäftswissenschaften zu genießen. Der Arbeiter-Stenographenbundes, die älteste Arbeiterstenographen-Organisation, ist seit Jahrzehnten bemüht, das ganze Schriftwesen auf eine moderne Grundlage zu bringen, die Schrift des Volkes den Forderungen des Fortschritts entsprechend zu reorganisieren. Nicht um eine Schnellheft, aufgebaut auf bürgerliche Anschauungen, die außer der Fülle der Schriftzeichen nur

recht vorhinflüchtige Grundlagen haben, ist es dem Arbeiter-Stenographenbundes zu tun. Er ist vielmehr bemüht, die Volksschrift, die aufgebaut ist auf die tiefgründigen sprach- und wissenschaftlichen Forschungen eines Arends, der Arbeiterschaft zugänglich zu machen und hat damit die Arbeiterstenographie, die moderne Schrift des Proletariats ins Leben gerufen. Wer sich für die Volksschrift interessiert, der fördert den Fortschritt der Schrift des Arbeiters. Man verlange kostenlos den Vortrag Adenias über Volksschrift und Reichsstenographie vom Vorsitzenden des Arbeiter-Stenographenbundes, Stadtrat Richter, Vahr in Baden.

Literarisches.

„Gltzhende Welt.“ Gedichte von Julius Zerfap, zusammengestellt und mit einer Einleitung versehen von Kurt Ostfening, Berlin 1928. Preis kartoniert 0,50 RM. in Halbleinen gebunden 0,90 RM. Hahlerberg 250. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin-S.W. 61, Belle Alliance-Platz 8. Diese Gedichtsammlung bringt uns wiederum einen der deutschen Arbeiterdichter nahe. Ein Buchlein von guter Ausstattung und billigem Preis in der „Reihe der deutschen Arbeiterdichter“. Es ist durch jede Buchhandlung zu beziehen. Die Lyrik Julius Zerfap ist aus dem persönlichen Erlebnis vom Ich losgerissen ins Gefühl all derer, die wie der Dichter leben, arbeiten und leiden, die wie er an eine bessere Zukunft glauben und für sie kämpfen. So kann er ein echter Arbeiterdichter, ein Dichter der Jugend und des Kampfes genannt werden. „Glauben und Kraft können aus seinen Gedichten: sie sind einfach und ergreifend, weil sie aus eigenen Erleben kommen. Demgemäß ist auch die Form einfach und natürlich, dennoch aber gebunden in schwingende Rhythmen und klingende Verse. Erdgebundenheit und Liebe zur Natur verbindet sich in dem Gedicht mit der Liebe zu allem Lebendigen. Aus seinem Beruf — Zerfap war Gärtner — schöpft der Dichter nicht zuletzt seine Kampfesbegeisterung, seinen Glauben an die Vollendung unseres Werkes, denn: „Aus kleinstem Keime, aus trennendem Schnitt, teilt sich ein neues Vollendungsziel mit.“

„Arbeitler-Sprachzeitung.“ Die 11. und 12. Nummer dieser sozialistischen Monatsschrift, herausgegeben von H. Fuchs, dem Leiter der Sprachenschule der Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins, ist soeben als Doppelheft erschienen. Aus dem Inhalt der neuen Nummer sei besonders erwähnt: Wie schreibt der Redakteur? Eine notwendige Reform unserer Rechtschreibung: Die Kriegerzeitung in der Schule: Hauptschwierigkeiten in der deutschen Sprache: Französisch für Vorgesessene (Texte aus französischen Partei- und Gewerkschaftszeitungen); Englisch (mit Aussprachebezeichnung) für Anfänger und Vorgesessene. — Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 1,20 RM. Die Zeitschrift ist zu beziehen durch alle Parteiluchhandlungen, durch die Postanstalten oder durch die „Arbeitler-Sprachzeitung“, Berlin W. 57, Zietenstr. 6a.

Taschenkalender 1929 für die arbeitende Jugend. 80 Seiten, Preis 0,80 RM. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin S.W. 61, Belle Alliance-Platz 8. Der kleine Kalender, der bequemer in der Jackentasche zu tragen ist, ist in Ganzleinen gebunden und zweifarbig gedruckt. Er will kein Lesebuch und kein Lexikon sein, sondern trägt das, was wirklich für einen Taschenkalender von man ständig bei sich tragen soll, wichtig ist. Für jeden Kalendertag ist ein ausreichender Notratz vorgesehen. Angehängt ist eine Adressenliste derjenigen Organisationen, die von Bedeutung sind. Auf einer besonderen Adressentafel kann sich jeder diese Liste um örtliche Adressen ergänzen. Ein Postkarte, einige Notzettel, Gedicht und Leitwort ergänzen den Inhalt der schmucken Drucksache. Diejenigen, die den vorläufigen Kalender erwerben, werden sicher auch zu dem neuen greifen, und hoffentlich noch etliche Tausende mehr.

„Die Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung in Ungarn.“ bearbeitet von Karl Peyer. Herausgegeben vom Verband der Arbeitervereine Ungarns (Gewerkschaftsrat), Budapest, VII. Bezirk. Dieses Buch gibt einen ausgezeichneten Ueberblick über die Bedeutung Ungarns als Wirtschafts- und Bevölkerungsfaktor, über die Größe der ungarischen Gewerkschaften und über die Konsum- und Produktivgenossenschaften. Die gute Aufmachung ist besonders hervorzuheben. Die ungarischen Gewerkschaften hatten 1927 127 422 Mitglieder in 563 Gruppen. Wer Interesse daran hat, sollte sich das Werk bestellen.

Jahrbuch der Bodenreform. Vierteljahrshefte, herausgegeben von A. Damaschke, Berlin, ist erschienen. Es hat zum Inhalt: I. Untersuchungen und Vorschläge der Bodenreform, II. Literatur, III. Nebenarbeiten, IV. Sonderarbeiten, V. Literatur, VI. Beschlüsse und Beschlüsse der Arbeiterbuchhandlungen die Buchhandlung Bodenreform. O. m. b. H., Berlin NW. 87, Lessingstr. 11, entgegen.

Bauhüttenarbeit. Herausgegeben vom Verband Sozialer Baubetriebe, O. m. b. H., Berlin. Verlagsanstalt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H., Berlin, Inselstr. 6. Dieses Buch ist ein ausgezeichnetes Werk über die Bauhütten Deutschlands. Es gibt eingehenden Aufschluß über die Bauhüttenbetriebe in Schrift und Bild, und sollte deshalb in keiner Gewerkschaftsbücherei fehlen. Gerade die Gewerkschaftsbüchereien sind verpflichtet, leistungsfähige Bücher über die Zweige der Arbeiterbewegung anzuschaffen. Das genannte Buch ist geeignet dazu. Es kann beim angegebenen Verlag bestellt werden.

Weltgeist-Bücher. Karl Marx und die Gewerkschaften. Aufsätze und Dokumente von Karl Marx. Herausgegeben und eingeleitet von Friedrich Hertneck, 155 Seiten, Eduard David, Aus Deutschlands schwerster Zeit. Schriften und Reden aus den Jahren 1914 bis 1919. 86 Seiten. Theodor Geiger, Führen und Folgen. 86 Seiten. Richard Seidel, Gewerkschaften und politische Parteien in Deutschland. 71 Seiten. Jean-Jacques Rousseau. Der Weltgeist. Der Weltgeist über den Gedanken der Gewerkschaft des Staat. Ins Deutsche übertragen und eingeleitet von Fritz Ropcke, 145 Seiten. Die Weltgeist-Bücher erwerben sich die Freundschaft weiterer Kreise in zunehmendem Maße. Da sie durch die Wahl ihrer Verfassungen eine Berührung mit jeder starken Strömung kulturellen und geschichtlichen Lebens suchen, finden sie immer mehr Eingang in alle Schichten des Publikums. Mit ihrer gefälligen Art im Inhalt wie im Aussehen werden sie dem vermehrenden Interesse der Arbeiterbewegung gerecht. Auch in unseren Kreisen erfreuen sie sich wachsender Anerkennung. Die Zahl der Bändchen, deren Inhalt der Geisteswelt des Sozialismus und der Arbeiterbewegung entnommen ist oder auf Probleme unseres Interessenkreises eingeht, hat sich schnell vermehrt. Jetzt liegen die oben bezeichneten Bändchen vor. Als neuesten Band bringt die Sammlung Rousseaus Gesellschaftsvertrag mit einer kurzen, aber instruktiven Einleitung von Fritz Ropcke. Jedes Bändchen kostet 0,65 RM. Doppelnummern (Marx und Rousseau) 1,25 RM. Den Vertrieb der Weltgeist-Bücher an Gewerkschaftler hat die Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S. 14, Inselstraße 6a, übernommen.

Zahlstelle Leer i. Ostfriesl.

Die Unterstühtungsauszahlungen erfolgen immer Sonnabends in Leer von 2-4 Uhr nachmittags bei Gastwirt Schaa. — Wir bitten unsere Mitglieder ebenso höflich, wie dringend, die Auszahlungsstunden genau einzuhalten.

Ausschlüsse.

Ausgeschlossen wurden auf Grund des § 14, Ziffer 3 unseres Statuts (Streikbruch) die Mitglieder der Zahlstelle Miesfeld: Wilhelm Linnert, Buch-Nr. 690 844, Hugo Waterbor, Buch-Nr. 858 311; sowie auf Grund des § 14, Ziffer 3d unseres Verbandstatuts (Veruntreuung) das Mitglied der Zahlstelle Biel: Ernst Gieseler, Buch-Nr. S II 746 005.

Arbeitsmarkt.

Wir suchen zum möglichst baldigen Austritt einen Glas-schleifer oder Graveur für Reichthilf und Graveursachen. Es kommen nur ledige Kräfte wegen Wohnungsmangel in Frage. Wir reflektieren auf eine ausgezeichnete lüchtige Kraft. Siebert & Marquardt, Kristallglaswerk, Grotzsch 6. (517) Je ein gewandter Schreiber und Aufnahmegerät für Werbeprospekte gesucht. Neuleininger Steingutfabrik Akt.-Ges. vorm. Jacobi, Adler & Cie. Neuleininger, Post (Grimmshaus (Wald)). (518) Steinmetz, 20, ledig, im Ein- und Ueberformen sämtlicher Artikel verfertigt; auf Ovalemaschine gut bewandert, sucht insofern Stellung als Facharbeiter. Angebote an W. Siebert, Gebote unter N. 199 an den „Keramischen Bund“, Charlottenburg 1, Woblers 1-5, erheben. (519) Perfekter Modelleinrichter und Formgießer, ledig, in allen vorkommenden Arbeiten und im Modellieren in Ton und Gips erfahren, sucht Stellung. Angebote an „Keram. Bund“, Charlottenburg, unter N. 200 erwünscht. (520) Drei Meister mit 11 Stellen suchen Arbeit auf Meißelstahl- als Reichthilf, auch auf Römer auf eingearbeitet. Wohnung ist Vorbereitung. Angebote unter N. 198 an den „Keramischen Bund“. (521) Lüttiger, erfahrener Maschinenist und Maschinenschmied sucht wegen Betriebsstilllegung anderweitige Stellung. Angebote in zu richten an Michael Andorfer, Waldsassen, Oberwald. (522) Lediger Glasmacher auf Blei- und Schmelzglas, Krüge und Flaschen, sucht als bald Stellung. Angebote an W. Siebert, Gewerkschaftsbüro, Pensia 12, Langauer Str. 35.

Verlag: Hermann Gröning, Charlottenburg, Broßstr. 2-5. Verantwortlich für den Inhalt: Edwin Neuringer, Charlottenburg, Broßstr. 2-5. Druck: C. Janischewski, Berlin SO 26, Elisabethufer 28/29.